

# Pöfener Zeitung.

Vierundfiebzigster

Jahrgang.

**Annoncen-Annahme-Bureau:**  
In Posen  
außer in der Expedition  
bei Krupski (C. H. Altrici & Co.)  
Breitestraße 14;  
in Gnesen  
bei Herrn Th. Spindler,  
Markt- u. Friedbrüder-Str. 4;  
in Grätz bei Herrn F. Streifand;  
in Frankfurt a. M.  
G. F. Danne & Co.

**Annoncen-Annahme-Bureau:**  
In Berlin, Hamburg,  
Wien, München, St. Gallen;  
Adolph Hoffe;  
in Berlin, Breslau,  
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg,  
Wien u. Basel;  
Hanselstein & Vogler;  
in Berlin:  
A. Relemeyer, Schloßplatz;  
in Breslau: Emil Kabbath.

Nr. 62.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der  
Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vier-  
teljährlich für die Stadt Posen 14 Sgr., für ganz  
Preußen 1 Thlr. 24 Sgr. — Die Expedition ge-  
nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Montag, 6. Februar

Inserate 11 Sgr. die fünfzeilige Zeile oder  
deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher,  
find an die Expedition zu richten und werden für  
die am demselben Tage erscheinende Nummer nur  
bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

1871.

## Amtliches.

Berlin, 5. Februar. Se. M. der König haben Allergnädigst geruht:  
Den Kreisdeputierten, Prem.-Leutnant a. D., Rittergutsbesitzer v. Dheimb  
auf Gudenbeck zum Landrathe des Kreises Labbede, Reg.-Bezirk Minden,  
zu ernennen.

## Neue Wirren in Frankreich.

„Paris in Amerika“, so lautet der Titel eines ebenso geist-  
vollen wie kurzweiligen Werkes, in welchem der Akademiker Ca-  
boulaye, einer der ersten Rechtsgelehrten Frankreichs, welcher bei  
den Deutschen in die Schule gegangen ist, seinen Landsleuten  
ein lehrreiches Spiegelbild vorhält. Dr. Renatus Lefebvre, so  
heißt der Held jener phantastischen Erzählung, ein Franzose und  
— was mehr sagen will — ein Pariser vom Scheitel bis zur  
Sohle, wird nebst seiner ganzen Umgebung kraft eines Zaubers-  
mittels von einem transzendenten Spiritualisten nach Amerika  
versetzt und lernt dort die Freiheit kennen. Anfangs von ihr  
abgestoßen, lernt er sie doch bald schätzen und gebrauchen wie ein  
geborener Republikaner, also nicht etwa wie die sogenannten Re-  
publikaner des heutigen Frankreichs, die mit der Freiheit um-  
gesprungen wie die Affen mit einem schneidigen Messer. Zurück-  
versetzt nach Frankreich, ist Lefebvre unglücklich, daß seine Um-  
gebung die Freiheit nicht kennt, und er sucht, nun seine Fam-  
ilie zur Freiheit zu zwingen. Die Folge ist, daß er als Verrückter  
eingesperrt wird.

Caboulaye hat hier — ob bewußt oder unbewußt, läßt sich  
nicht entscheiden, — einen der eigenthümlichsten Charakterzüge  
seiner Nation wieder gegeben. Dieser nationale Zug ist das  
Bestreben, Anderen die Freiheit aufzuzwingen; dagegen er-  
scheint es durchaus nicht national, daß Männer, welche in diesem  
Geiste handeln, als Verrückte eingesperrt werden, im Gegen-  
theil: sie herrschen und terrorisiren dort, wie wir an Gambetta  
ersehen.

Die Delegation in Bordeaux hat, offenbar im Geiste der  
dortigen republikanischen Gesellschaften, durch welche die Regie-  
rungsabtheilung in Bordeaux ebenso sehr unterstützt wie beein-  
flußt wird, unterm 31. Januar ein Dekret erlassen, das einer  
großen Menge von Personen die Fähigkeit aberkennt, in die Na-  
tionalversammlung gewählt zu werden. Es sind dies außer den  
Mitgliedern aller Dynastien, die seit 1870 über Frankreich ge-  
herrscht, alle Männer, welche vom 2. Dezember 1851 bis zum  
4. Sept. 1870 die Stellung eines Ministers, Senators, Staats-  
raths und Präfekten bekleidet haben, und ebenso alle offiziell auf-  
gestellten Wahl-Kandidaten jener Zeit.

Wir haben durchaus kein Interesse, daß die Männer, welche  
unter dem Kaiserreich eine hervorragende Rolle gespielt haben,  
jetzt in die Nationalversammlung kommen, ja wir wünschen es  
sogar nicht einmal, weil wir nicht wünschen, daß sie ihren Ein-  
fluß für die Herstellung der napoleonischen Dynastie geltend machen,  
denn eine solche Restauration würde ebenso sehr unserm Ge-  
fühl der Gerechtigkeit widersprechen, wie unserm sittlichen Be-  
wußtsein, da wir glauben, daß die Herrschaft der Napoleoniden  
für Frankreich ein Unglück wäre, und wir es lieber sehen möch-  
ten, wenn dieser Staat ein gesundes Glied in der europäischen  
Völkerfamilie würde. Indessen wenn die Regierungsabtheilung  
in Bordeaux dies durch ein Machtgebot zu erreichen sucht, so  
weiß man nicht, soll man diese Maßregel mehr eine Dummheit  
oder eine Willkür nennen.

Die jetzigen Machthaber Frankreichs, welche fortwährend  
versichern, die französische Nation will nicht die Zurückführung  
Napoleons, will überhaupt nicht die Restauration irgend eines  
Herrscherhauses, hätten mit Eifer eine Gelegenheit ergriffen sollen,  
um ihre Versicherungen durch die freien Wahlen des Volkes be-  
stätigen zu lassen. Anstatt dessen legt Gambetta und Genossen  
durch jene Maßregel die Besorgnis an den Tag, daß das Volk  
zu viel Sympathien für die verflochtenen Regenten habe, und man ihm  
deshalb die Möglichkeit nehmen müsse, ihre Lieblinge wiederzu-  
wählen. Gambetta gesteht damit selbst zu, daß die Republik  
keinen gesicherten Boden in Frankreich hat, daß die Nation nicht  
fest ist für sein republikanisches Ideal. Und welch' ein Wider-  
spruch liegt darin, das Volk würdig und souverän zu erklären,  
indem man es beruft, um durch seine Wahlen über das Schick-  
sal des Landes zu entscheiden, daneben aber eine Maßregel zu  
treffen, durch welche man dem Volke die Fähigkeit abspricht ver-  
nünftig zu entscheiden. Doch einem Lefebvre oder einem Gam-  
betta fallen solche Konsequenzen nicht ein.

Selbst wenn wir uns einen Augenblick auf den Stand-  
punkt der Republikaner nach dem Schlage Gambettas stellen  
wollen, ist jene Maßregel unsinnig und ungerecht. Was haben  
die Sprößlinge des Hauses Bourbon oder Orleans, die doch nie  
in Frankreich herrschten, gethan, um sie gleich den Werkzeugen  
Napoleons zu strafen? Und warum nur einigen Helfers-  
helfern Cäsars die passive Wahlfähigkeit nehmen? Haben  
nicht manche Generale, Politiker, Richter und Jour-  
nalisten des Kaiserreichs mehr gesündigt als dieser oder jener  
Minister und Präfekt? Man schließe also auch diese aus! Doch  
auch das ist nicht genug. Will man alle Schuldigen treffen,  
so dürfen auch die sieben Millionen, welche in zwei Plebisziten  
das Kaiserreich sanktionirten, nicht gewählt werden. Nur die  
wenigen Republikaner mögen die Fähigkeit behalten, als Volks-  
vertreter nach Bordeaux zu gehen. Ein Dekret, wodurch dies  
erzögelt würde, wäre allerdings eine Verrücktheit, aber eine Ver-  
rücktheit voll Konsequenz.

Von zwei Seiten ist gegen das Dekret der Regierungsab-  
theilung Protest erhoben worden, zunächst von einem Theil der  
französischen Nation, indem eine große Anzahl von Journalen  
die Durchführung des pariser Wahldekrets verlangt, welches  
vollständige Wahlfreiheit verbürgt; und dann vom Grafen Bis-  
marck, da in der Konvention von Versailles ausdrücklich bestimmt  
worden ist, daß die Wahlen frei sein sollen. Die Regierungs-  
delegation hält trotzdem das Dekret aufrecht. Gambetta  
findet in dem Protest der deutschen Regierung die Bestätigung  
des Verdachts, daß Preußen mit den verflochtenen Dynastien sich  
verständigt habe und deren Anhängern listig einen Weg in die  
Volksvertretung öffnen wolle. Möglich, daß der Reichskanzler  
die eine oder die andere Dynastie begünstigt, doch indem er  
vollständige Wahlfreiheit stipulirte, zeigte er doch, daß er jeder  
Partei die Möglichkeit geben wollte, ihre Kraft zu betheiligen.  
Die Wahlen sollen — und dies erscheint uns auch als die Ab-  
sicht des deutschen Staatsmannes — die unverfälschte Probe  
abgeben für die Stärke der Parteien; denn nur dadurch, daß  
wirklich die stärkste Partei aus der Ruder kommt, wird eine ge-  
wisse Bürgschaft für eine muthmaßliche Dauer des Zustandes  
geboten. Mit einem Regiment, daß keine Garantien für morgen  
bietet, kann ein Frieden nicht geschlossen werden.

Auch wenn die Regierung unseres Kaisers nicht die Spur  
von Sympathie für das Kaiserreich besitzt, muß sie auf Wäh-  
rung der Wahlfreiheit halten, um nicht einer späteren Regie-  
rung Frankreichs den Einwand zu gestatten, daß die National-  
versammlung, welche über Krieg und Frieden entscheiden soll,  
keine legitime gewesen sei. Dieser Einwand könnte um so  
leichter erhoben werden, da, wenn das Dekret von Bordeaux  
bestehen bleibt, die Konstituante nach zweifachem Recht gewählt  
wird, indem zu Paris Personen als Volksvertreter zugelassen  
werden, welche in der Provinz ausgeschlossen sind.

Die Pariser Regierung selbst muß ein Interesse daran  
haben, jenes Dekret aufzuheben, denn es enthält den Vorwurf  
für sie, daß sie durch die Verbürgung der Wahlfreiheit einen  
Fehler beging, welcher nur durch die Pflichtigkeit der Gambettisten  
auf Paris beschränkt wurde. Wir hoffen, die pariser Regierung  
werde ihre Autorität einsetzen, um das Dekret zu vernichten;\*) ihr  
Abgesandter in Bordeaux, Herr Jules Simon, scheint nicht im  
Stande, seinen tollten Kollegen zur Vernunft zu bringen.

## Die Konvention von Versailles.

Der „St.-Anz.“ ist in den Stand gesetzt, die Konvention  
zu veröffentlichen, welche zwischen dem Bundeskanzler, Grafen  
von Bismarck und dem Minister der auswärtigen Angelegen-  
heiten der französischen Regierung der National-Verteidigung,  
Herrn Jules Favre, am 28. v. M. abgeschlossen worden ist. In  
deutscher Uebersetzung lautet dieselbe folgendermaßen:

### Uebersicht.

Zwischen dem Herrn Grafen v. Bismarck, deutschem Bundeskanzler, der  
im Namen Sr. Majestät des Kaisers von Deutschland, Königs von Preußen,  
handelt und Herrn Jules Favre, Minister der auswärtigen Angelegenheiten  
der Regierung der National-Verteidigung — beide mit regelmäßigen Voll-  
machten versehen — sind nachstehende Abmachungen beschlossen worden:

Art. 1. Ein allgemeiner Waffenstillstand wird auf der ganzen militä-  
rischen Operationslinie eintreten und für Paris noch heute, für die Departements  
innerhalb dreier Tage beginnen. Die Dauer des Waffenstillstandes ist  
von heute ab einundzwanzig Tage, dergestalt, daß außer im Falle der Erneue-  
rung er überall am 19. Februar Mittags 12 Uhr schließt. Die Kriegsfüh-  
renden Heere behalten ihre beziehungsweise Stellungen, welche durch  
eine Demarkationslinie getrennt werden. Letztere geht von Pont l'Évêque  
längs des Calvados-Departements aus, wendet sich dann nach Lignières im  
Nordosten des Mayenne-Departements, zwischen Brionne und Fromental,  
berührt das Mayenne-Departement bei Lignéres, folgt der Grenze, welches  
dieses Departement von dem Orne- und Sarthe-Departement trennt bis nörd-  
lich von Morannes und geht in der Weise fort, daß es der deutschen Be-  
setzung die Departements Sarthe, Jaire und Voire, Voire und Cher, Loiret,  
Yonne läßt bis zu dem Punkte, wo östlich von Quars les Tombes sich die  
Departements Côte d'Or, Nièvre und Yonne berühren. Von diesem Punkte  
an wird der Lauf der Linie einer Verständigung vorbehalten, welche ein-  
tritt, sobald die vertragsschließenden Parteien sich über die gegenwärtige Lage  
der im Zuge befindlichen Kriegsoperationen in den Departements Côte d'Or,  
Doubs und Jura verständigt haben werden. In allen Fällen wird sie durch  
das Gebiet gehen, das aus diesen drei Departements besteht, indem sie der  
deutschen Besetzung die im Norden, der französischen die südlich davon gelegenen  
abträgt. Das Nord- und Pas de Calais-Departement, die Festungen Givet und  
Langres mit dem sie 10 Kilometres weit umgebenden Land und die Haure-Halb-  
insel bis auf eine, von Givet in der Richtung von St. Romain zu ziehende Linie  
bleiben von deutscher Besetzung frei. Die beiden kriegsführenden Heere und  
ihre beiderseitigen Vorposten halten sich auf 10 Kilometres Entfernung von  
den zur Trennung ihrer Stellungen gezogenen Linien. Jedes der beiden  
Heere behält sich das Recht vor, seine Autorität in dem von ihm besetzten  
Gebiete aufrecht zu erhalten und die Mittel anzuwenden, die seine Befehls-  
haber zur Erreichung dieses Zweckes nöthig haben werden. Der Waffen-  
stillstand findet gleichmäßig auf die Seestreitkräfte der beiden Länder Anwen-  
dung, indem der Meridian von Dunkirchen als Demarkationslinie ange-  
nommen wird. Westlich von derselben bleibt die französische Flotte und  
östlich davon ziehen sich, sobald sie benachrichtigt werden können, die deutschen,  
in den westlicheren Gewässern befindlichen Kriegsschiffe zurück. Die Prisen,  
welche nach dem Abschlusse und vor der Anzettel des Waffenstillstandes ge-  
macht sind, werden herausgegeben, dergleichen die Gefangenen, welche gegen-  
seitig in den, während des eben bezeichneten Zeitraums vorkommenden Ge-  
fechten eingebracht werden. Die Kriegsoperationen in den Departements  
Doubs, Jura und Côte d'Or, wie Belforts Belagerung werden fortgesetzt  
unabhängig vom Waffenstillstand bis zu dem Augenblicke, wo man sich über  
die Demarkationslinie verständigt, deren Lauf durch die drei erwähnten De-  
partements einer späteren Verständigung vorbehalten ist.

Art. 2. Der also verabredete Waffenstillstand hat den Zweck, der Re-  
gierung der National-Verteidigung die Berufung einer frei gewählten Ver-  
\*) Man vergleiche übrigens die Depesche aus Versailles in unserem heu-  
tigen Morgenblatt.

sammlung zu gestatten, die über die Frage zu entscheiden haben wird, ob  
der Krieg fortgesetzt oder unter welchen Bedingungen Frieden geschlossen  
werden soll. Die Versammlung tritt in Bordeaux zusammen. Alle Ge-  
richtsleistungen zur Wahl und zum Zusammentritt der Abgeordneten werden  
seitens der Befehlshaber der deutschen Heere gewährt werden. Art. 3.  
Dem deutschen Heere werden durch die französische Militärbehörde alle Forts  
der äußeren Verteidigungslinie von Paris, wie ihr Kriegsmaterial über-  
geben. Die außerhalb dieses Umkreises oder zwischen den Forts liegenden  
Gemeinden und Häuser können von den deutschen Truppen bis zu einer von  
militärischen Kommissaren zu ziehenden Linie besetzt werden. Das Terrain,  
das zwischen dieser Linie und der besetzten Gascogne der Stadt Paris  
liegt, ist den bewaffneten Streitkräften beider Parteien unterstellt. Die  
Form der Uebergabe der Forts und die Richtung der erwähnten Linie wer-  
den den Gegenstand eines, dieser Uebereinkunft anzuschließenden Protokolls  
bilden. Art. 4. Während des Waffenstillstandes wird das deutsche Heer  
Paris nicht betreten. Art. 5. Die Escadrons werden von ihren Geschützen ent-  
waffnet, deren Fassetten in die von einem Bevollmächtigten des deutschen  
Heeres bezeichneten Forts gebracht werden.

Art. 6. Die Besatzungen (Einienher, Mobilgarden, Seetruppen) von  
Paris und der Forts sind kriegsgefangen, bis auf eine Division von 12,000  
Mann, welche die Militärbehörde in Paris für den inneren Dienst behält.  
Die kriegsgefangenen Truppen geben ihre Waffen ab, welche in den bezeich-  
neten Orten gesammelt und hergebrachter Wagen abgeliefert werden. Diese  
Truppen bleiben in der Stadt und dürfen die Escadrons während des Waffen-  
stillstandes nicht überschreiten. Die französischen Behörden haben die Ver-  
pflichtung, darüber zu wachen, daß jede dem Heere oder der Mobilgarde an-  
gehörige Person im Innern der Stadt konfignirt bleibt. Die Offiziere der  
gefangenen Truppen werden in einem, den deutschen Behörden einzureichenden  
Verzeichnisse namhaft gemacht. Bei Ablauf des Waffenstillstandes haben  
sich alle zu dem in Paris konfignirten Heere gehörigen Militärs dem deut-  
schen Heere als Kriegsgefangene zu stellen, wenn der Frieden bis dahin nicht  
abgeschlossen ist. Die gefangenen Offiziere behalten ihre Waffen.

Art. 7. Die Nationalgarde behält ihre Waffen und versieht die Be-  
wachung von Paris und die Aufrechterhaltung der Ordnung, ebenso die Gen-  
darmerie und die zum Stadtdienst verwandten gleichartigen Truppen, wie die  
republikanische Garde, Zollbeamten und Feuerwehren. Die Gesamtzahl  
dieser Kategorien darf die Zahl 3500 nicht übersteigen. Alle Franc-tireur-  
Corps werden durch Befehl der französischen Regierung aufgelöst. Art. 8.  
Gleich nach Unterzeichnung dieses und vor der Besetzung der Forts wird  
der Oberbefehlshaber der deutschen Heere den Bevollmächtigten alle Geleis-  
terungen gewähren, welche die französische Regierung in die Departements  
oder ins Ausland abschicken wird, um die Ernährung der Stadt vorzubere-  
iten und die der Stadt bestimmten Waren heranzuführen zu lassen. Art. 9.  
Nach Uebergabe der Forts und Entwaffnung der Escadrons und Besatzung  
(Art. 5 und 6) wird die Ernährung von Paris auf den Eisenbahnen und  
Flüssen freigegeben. Die zu diesem Zweck erforderlichen Lebensmittel dürfen aus  
den von Deutschen besetzten Gebietsheilen nicht genommen werden und die  
französische Regierung verpflichtet sich, sie außerhalb der deutschen Trup-  
pen umgebenen Demarkationslinie zu suchen, falls nicht von den Komman-  
danten der letzteren Gegenlaubnis gewährt wird.

Art. 10. Wer Paris verlassen will, bedarf einer regelmäßigen Erlaub-  
nis der französischen Militärbehörde und des Visums der deutschen Vorposten.  
Diese Erlaubnisheine und Visa werden von Nichts wegen den Kandidaten,  
welche sich um eine Wahl in den Provinzen bewerben, und den Abgeordneten  
der Versammlung erteilt. Der Verkehr der also mit Erlaubnis versehenen  
Personen ist nur zwischen 6 Uhr Morgens und 6 Uhr Abends zulässig. Art. 11.  
Die Stadt Paris zahlt eine städtische Kriegskontribution von 200 Mill. Frs.,  
und zwar vor dem 15. Tage des Waffenstillstandes. Die Zahlungsweise wird  
von einer gemischten deutsch-französischen Kommission festgesetzt. Art. 12.  
Während des Waffenstillstandes darf von öffentlichen Werthen, die zur Zah-  
lung der Kontributionen dienen könnten, nichts entfernt werden. Art. 13.  
In Paris dürfen während des Waffenstillstandes Waffen, Munition oder die  
zu ihrer Fabrikation dienenden Stoffe nicht eingeführt werden.

Art. 14. Unmittelbar wird zur Auswechslung aller Kriegsgefangenen  
geschritten, welche die französische Armee seit Beginn des Krieges gemacht.  
Zu diesem Zweck übergeben die französischen Behörden in kürzester Frist  
Namenslisten der deutschen Kriegsgefangenen den deutschen Militär-Behörden  
in Amiens, Reims, Orleans und Paris. Die Freigabe der deutschen  
Kriegsgefangenen erfolgt in dem, der Grenze zunächst gelegenen Punkten.  
Die deutschen Behörden stellen dagegen in möglichst kürzester Frist auf den-  
selben Punkte eine ähnliche Anzahl französischer Kriegsgefangenen der ent-  
sprechenden Grade. Die Auswechslung bezieht sich auch auf Gefangene aus  
dem Bürgerkriege, auf deutsche Handelschiffe-Kapitäne und die in Deutsch-  
land internirten französischen Zivilgefangenen.

Art. 15. Ein Postdienst für nicht versiegelte Briefe wird durch Ver-  
mittlung des Pariser Hauptquartiers zwischen Paris und den Departements  
vermittelt.

Zum Zeugnis dessen haben die Unterzeichneten die gegenwärtige Ueber-  
einkunft mit ihren Unterschriften und Siegeln versehen.

Geschehen zu Versailles am 28. Januar 1871.

Bismarck. Favre.

## Der siebenmonatliche Krieg.

Der unterm 28. Januar zwischen dem Grafen v. Bismarck  
und Jules Favre abgeschlossene Waffenstillstand bringt eine ge-  
waltige Kriegsepoche von fast siebenmonatlicher Dauer zu vor-  
läufigem Abschlusse und giebt dem „Staatsanz.“ Veranlassung,  
zu einem Rückblicke auf die in derselben vollbrachten großart-  
igen Erfolge der deutschen Heere.

Es lassen sich, wie bereits früher erwähnt, im Verlaufe  
dieses Feldzuges drei Perioden unterscheiden, eine erste, welche  
die Einleitung und die Vorbereitungen zum Kriege umfaßt und  
vom 16. Juli bis 2. August währt, eine zweite, die den Kampf  
mit dem kaiserlichen Frankreich bis zur Kapitulation von Sedan  
in sich schließt und vom 2. August bis zum 2. September reicht  
und endlich die dritte, in welcher die Kämpfe der deutschen  
Heere gegen die Armeen des republikanischen Frankreichs seit der  
Einschließung der Regierung der nationalen Verteidigung zum  
Ausbruche kommen.

Die Vorbereitungen zum Kriege von 1870 begannen mit  
dem 16. Juli, dem Tage, an welchem die Ordre zur Mobil-  
machung des norddeutschen Kriegsheeres von dem königlichen  
Bundesfeldherrn erlassen wurde. Es fallen in diese etwa drei-  
wöchentliche Periode, eine Zeit der angestrengtesten Thätigkeit,  
die Rüstungen der Truppen, die Armirung der westlichen Grenz-  
festungen, die Transporte auf den Eisenbahnen, die Konzentra-  
tionen der Corps und Armeen, die Sicherheitsmaßregeln zum  
Schutze der Küsten nebst Bildung einer freiwilligen Seewehr,



und die Einsetzung von fünf General-Gouvernements; ferner gehören in diesen Abschnitt die Organisation der Feldpost, der Feldbahn-Abteilungen und die großartigen Maßnahmen zur Pflege der im Felde verwundeten und erkrankten Krieger. Endlich fallen in diese erste Periode die ersten Vorpostengefächte und Scharmügel zwischen den heiderseitigen Vortruppen, sowie am 2. August der Angriff der Franzosen auf Saarbrücken.

Im zweiten Abschnitt des Krieges nimmt der Kampf mit dem kaiserlichen Frankreich bis zum Tage der Kapitulation von Sedan seinen raschen Verlauf: es kann diese Periode als die der großen Operationen im Felde bezeichnet werden. Die deutschen Heere unter der einheitlichen Oberleitung des königlichen Oberfeldherrn ergreifen die Offensive; die Schlachten und Gefechte von Weißenburg, Wörth, Spicheren, von Courcelles, Bionville und Gravelotte, von Beaumont und Sedan sind es, in denen die beiden kaiserlichen Hauptarmeen unter den Marschällen Bazaine und Mac Mahon nach und nach unterliegen und schließlich dem Kampf im offenen Felde entzogen werden, die eine, indem sie trotz mehrfacher Ausfallgefechte und Durchbruchversuche in Weg festgehalten, eingeschlossen und gewissermaßen zur Unthätigkeit gezwungen wurde, die andere, indem sie bei Sedan in Kriegsgefangenschaft gerieth.

Die dritte Periode des Krieges umfaßt die Anstrengungen des republikanischen Frankreichs seit der Einsetzung der Regierung der nationalen Verteidigung. Der Fall der Festung Metz und die Kapitulation von Paris theilen diese Periode in zwei wesentlich verschiedene Abschnitte: der erstere ist frei von Schlachten im freien Felde und kennzeichnet sich namentlich, da Frankreich zunächst keine Armeen aufzustellen hat, durch die Einschließung und Belagerung zahlreicher fester Plätze, den Vormarsch auf Paris und die Einschließung der stark besetzten Hauptstadt. Straßburg, Metz, Paris und viele andere Festungen geben verschiedenen Theilen der deutschen Heere Gelegenheit, die großen Beschießungen des Belagerungs- und Festungskrieges geduldig und ausharrend zu ertragen; es fallen in die Zeit bis zum Falle von Metz die Ausfallgefechte bei Roisville, Veltre, Mercy-le-Haut, bei St. Remy und Woippy. Nach der Kapitulation dieser Festung nahm die Zernierung von Paris das Interesse hauptsächlich in Anspruch. Der Plan des Feindes ging dahin, durch neugebildete Armeen von Süden, Norden und Westen her die Hauptstadt zu umgeben, während die eingeschlossenen Heere die Zernungslinie durchbrechen sollten. Dem entsprechend zog die 1. Armee unter General v. Manteuffel nach dem Norden, die 2. Armee des Feldmarschalls Prinzen Friedrich Karl über Troyes und eine neugebildete Armee-Abtheilung unter dem Großherzog von Mecklenburg-Schwerin weiter westlich gegen die Loire, während die 3. und die Maas-Armee den Ring um die französische Hauptstadt geschlossen hielten. Es fallen in diese Periode mehrere Ausfallgefechte bei Paris, die siegreichen Kämpfe bei Dreux, bei Passques, bei Amiens, die Schlacht bei Beaune la Rolande, die Tage von Loigny und Artenay und bei Delaunoy, die Gefechte zwischen Baugency und dem Walde von Marchenoir, bei Vendôme, Droué und Ruitz, die Schlachten bei Le Mans und St. Quentin.

Die Niederlagen aller zur Entsetzung der Hauptstadt bestimmten Armeen ermöglichten am 27. Dezbr. den Beginn der Belagerung der Forts von Paris, am 5. Januar den der Stadt

selbst. Nach einer artilleristischen Thätigkeit von kaum 4 Wochen, welche selbst durch den Massenausfall am 19. Jan. nicht unterbrochen werden konnte, wurde am 28. Januar die Kapitulation der Forts von Paris abgeschlossen.

So hat denn in kaum siebenmonatlichem Feldzuge die deutsche Heeresleitung zwei feindliche Armeen in die Kriegsgefangenschaft des eigenen Landes abgeführt, eine dritte vorläufig in der feindlichen Hauptstadt ohne Waffen und Kriegsmaterial Kriegsgefangen eingeschlossen und die vierte gezwungen, auf neutralem Gebiet sich interniren zu lassen. Außer diesen großartigen Erfolgen aber hat das Zernungskriegs durch die Erzwungung der Kapitulation der stark besetzten, überreich armirten Landes-Hauptstadt mit ihren zwei Millionen Einwohnern und etwa einer halben Million Truppen eine der größten Aufgaben der Kriegführung aller Zeiten gelöst. Wohl nie sind in einem so kurzen Zeitraum so viele, so bedeutende Feldschlachten siegreich geführt, eine so lange Reihe von Belagerungen glücklich durchgeführt, so zahlreiche Festungen und feste Plätze des Feindes genommen, vier große Armeen für den weiteren Verlauf des Krieges unfähig gemacht worden.

Die Kriegsgeschichte kennt keine Beispiele ähnlicher Leistungen in einem siebenmonatlichen Feldzuge.

### Kriegsnachrichten.

Aus den Hauptquartieren in Versailles, 30. Januar, erhält der „Staatsanz.“ folgenden Bericht:

Se. M. der Kaiser und König verließen Versailles erst zur Mittagszeit, um eine Ausfahrt nach St. Cloud zu machen, die Ruinen des Schlosses zu besuchen und sich von den Vorkehrungen, welche die französischen Geschosse in der Stadt St. Cloud verurteilt haben, zu überzeugen. Vorher hatten Se. Majestät das 5. Jäger-Bataillon, das sich bei den Kämpfen um Montreuil und Garches durch Kaltblütigkeit und Bravour besonders ausgezeichnet, bei sich vorbeiziehen lassen und dem Johanniter Grafen Leopold von Kleist Audienz ertheilt. Se. K. u. K. der Kronprinz bezog sich heute morgen mit einem zahlreichen Gefolge von Offizieren höchsten Hauptquartiers zur Besichtigung des Forts auf den Mont Valérien, wo auch die Prinzen Karl und Walbert, der Großherzog von Sachsen-Weimar, die Herzöge von Koburg und Altenburg erschienen waren. Auf dem Mittelbau der massiven Kasernenmauer wehte die norddeutsche Flagge. Die Prinzen und Fürsten unterrichteten sich von der Anordnung der sämtlichen Innenräume und nahmen die Vorräthe an Kriegsmaterial, welche die Franzosen zurücklassen mußten, in Augenschein. Namentlich ist die Masse der Granaten, die in den Bombentrümmern aufgeschichtet liegen, noch außerordentlich groß. Mit besonderem Interesse wurde das auf diesem Fort beim Bombardement verwandte Riesengeschütz „La Valérie“ betrachtet, die einzige Wurfmaschine, die sich mit der bekannten Krupp'schen Rieskanone vergleichen kann. Während der Kaiser vor den Trümmern von St. Cloud verweilte, vollzog sich eine letzte, bedauerndwerthe Folge der Kämpfe um Paris — das Verderben an einem anderen Schlosse, dem Schlosse von Meudon. Dieser Palast, Besitztum des Prinzen Napoleon, wurde gestern ein Raub der Flammen. Ueber die Entstehung des Brandes können wir folgende Nachrichten geben. Das Schloß war während des Belagerungskampfes vielfach den feindlichen Granaten ausgesetzt, da die Terrasse von Meudon das Zentrum unserer Batterien bildete. Am letzten Tage des Bombardements schlug eine französische Granate in das Innere des Hauptgebäudes ein; sie mußte daselbst im Gehalt einen Brand verursacht haben, der aber nicht sogleich bemerkt werden konnte, weil das Schloß nicht mit Truppen besetzt war. Erst gestern verrieth der aufsteigende Rauch, daß ein größeres Feuer im Schloß zum Ausbruch gekommen. Es wurden sofort preussische Soldaten an Ort und Stelle beordert, um den Brand zu löschen und, wo möglich, das Gebäude zu retten. Trotz ihrer Anstrengungen aber gelang es nicht, das Feuer Herr zu werden.

Die französischen Artilleristen sind einstimmig in der Bewunderung der preussischen Geschütze, vor denen, wie sie sagen, Niemand Stand halten könne. In den Forts Vanves und Montrouge sind zwar nur wenige Ka-

nonen geradezu demontirt; doch spricht dies keineswegs gegen die Leistungsfähigkeit der deutschen Artillerie, denn bei den Entfernungen, in denen die Batterien standen, konnte es selbst der sichersten Zielbestimmung nicht möglich werden das Burschgeschütz gerade auf den Lauf des feindlichen Geschüßes zu richten. Dagegen trafen die deutschen Granaten so genau die Stellungen der feindlichen Batterien, daß, nach dem Eingeständnis der Franzosen, die Besatzung sich meistens alsbald nach Eröffnung des Feuers von ihren Posten zurückziehen mußte.

Berlin, den 5. Februar.

Man giebt sich in Versailles der Hoffnung hin, wird der „N.-Z.“ von dort mitgeteilt, daß bis zum Ablauf des Waffenstillstandes am 19. der Friede geschlossen sein wird; der Kaiser würde dann in eigener Person am 9. März den ersten deutschen Reichstag in Berlin eröffnen können. Nach dem Abschluß des Friedens wird die Armee ihren feierlichen Einzug in Paris halten. (?) Bezahlt Frankreich nicht sofort die ihm in Friedensverträge auferlegte Kontribution, so hält das 5. Corps (warum gerade das Corps, dessen Heimath am Entferntesten ist von Frankreich?) die Champagne als Pfandobjekt besetzt. (Das Ganze scheint nur Kombination.) — Wie der „Köln. Ztg.“ und Versailles geschrieben wird, stehen auf der Kriegskostenrechnung in erster Reihe verzeichnet die norddeutschen Bundesanleihe nebst den Anleihen der anderen Staaten, ein Minimum von 100 Millionen Thalern für einen deutschen Invalidenfonds, eine beträchtliche Summe als Rekonstruktionsfonds des verbrauchten Materials, eine Entschädigung der Kreisverbände für die Kosten, die denselben durch die außerordentlichen Ausgaben für die Landwehrfamilien u. erwachsen, eine Entschädigung für die aus Frankreich vertriebenen Deutschen u. s. w.

Das 61. pommer'sche Regiment hat bekanntlich bei Dijon seine Fahne verloren. In einer von dem Regimentführer Oberlieutenant Wyrach erlassenen Todesanzeige heißt es: Am 23. Januar fiel hart vor den Mauern von Dijon in dem Sturm auf ein stark besetztes Gehöft der Sekonde-Lieut. Schulze mit der Fahne in der Hand, und nach ihm der Sekonde-Lieutenant und Adjutant des 2. Bataillons von Puttkammer I., die Fahne ergreifend und dem Feinde entgegenstehend. Von demselben Regiment fielen am 21. Januar der Prem.-Lieut. Küster, der Pr.-Lieut. und Kompagnieführer Graf Schwin, Sek.-Lieut. Bader I., der Bizefeldwebel v. Raschfeld und der Oberstabsarzt Dr. Born.

Die Ausbreitung der deutschen Postanlagen im Elsaß und in Lothringen wird unausgesetzt gefördert. — Es sind daselbst von dem Bundes-General-Postamt bereits 145 deutsche Postämter und Postexpeditionen definitiv in Betrieb gesetzt worden.

Aus zuverlässiger Quelle erfährt die „Erlanger Ztg.“, daß das von ihr in einer Extra-Beilage vom Sonntag, den 29. Januar mitgetheilte Gerücht, das Resultat der Verhandlungen mit Luxemburg betreffend, der Begründung entbehrt. Diese Extra-Beilage hatte gemeldet, es sei über die Ueberlassung Luxemburgs an Preußen bereits ein Vertrag mit dem König der Niederlande abgeschlossen.

Der Zivilkommissar von Lothringen, Marquis Willers, hat eine Bekanntmachung erlassen, welche aus Anlaß der Entweichung einiger aus Dijon als Geiseln abgeführten Personen aus Epinal, trotz des von ihnen abgegebenen Ehrenwortes diese

### Erinnerungen aus Paris.

Mitgeteilt von Karl Ank.

#### 2. Die Arbeiter.

Je größer die Stadt, desto eifriger die Arbeit und desto schreckenerregender zugleich die Armuth. Das ist eine allbekannte Wahrheit. Im Durchschnitt genommen wird man wohl kaum irgendwo rastlosere Thätigkeit von früh bis spät an dem einen Tage ebenso als an andern finden können, als bei der Arbeiterbevölkerung von Paris. Wo ich dieselbe auch beobachtet, immer habe ich diese Thatsache bestätigt gefunden — und daher habe ich diese unteren Pariser Volksklassen um ihrer Arbeitsamkeit willen sehr hoch schätzen gelernt. Berücksichtigt man nun aber die weitere Thatsache, daß nach der fast zwanzigjährigen entfaltenden Herrschaft des Napoleonismus alle höheren Schichten der Gesellschaft in eine geradezu erschreckende Korruption, in eine unbeschreibliche Verwahrlosung gerathen sind, so wird man wohl die Behauptung gelten lassen müssen, daß als der eigentliche Kern des französischen Volkes längst schon die Arbeiterbevölkerung anzusehen war. Hierüber erhielt ich sehr interessante Aufschlüsse von meinem neu gewonnenen Freunde Robert Schmidt.

„Rue Richelieu, vier Treppen hoch“, stand auf der Karte, die ich damals am Strasburger Bahnhofe erhalten, und ich ließ mir nicht die Mühe verdrücken, schon in den nächsten Tagen diese schrecklichen vier Pariser Stockwerke zu erklimmen. Wenn man in Berlin die Stätten äußerster Armuth betritt, so tritt der grauenhafte Blick allerdings auch trostlos in der Dede des jammervollen Glends umher, allein so haarsträubende, schrecken-erregende, und zugleich widerwärtige Bilder, als die ungeheure Weltstadt aufzuweisen hat, sucht man doch in Berlin vergebens. In zwei, drei, vier Wohnungen hatte ich angefragt, bevor ich meinen Mann gefunden und überall starrte mir das angedeutete Glend entgegen, welches für den Deutschen um so erschreckender erscheint, da man hier immer drei bis vier Familien zusammengekrängt in einem solchen Raume der Armuth findet. Und doch gehört die Rue Richelieu bekanntlich noch keineswegs zu der Gegend, in welcher die ärmste Arbeiterbevölkerung ihre Sitze hat und die erst als die eigentliche Heimath des Gamins und der Gamine anzusehen ist — des eigentlichen „füßen Pöbels“, „Geftindels“, Auswurfs oder wie man sonst noch die Bedauernswertheften aller Menschenkinder benennen mag.

Nachdem ich also vier Thüren auf- und, ob des im trüben, schmutzigen Halbdunkel mich anwiebernden Gerüchels, immer wieder schleunigst zugeklappt und immer froh gewesen, daß in diesem Dunst und dieser Gesellschaft der Gesuchte sich nicht gefunden, wer beschrieb da meine Ueberraschung, als beim Öffnen der letzten Thür in diesem Geschloß mich plötzlich saubere, deutsche Gemüthlichkeit anheimgelte. Ohne weiter zu fragen, trat ich in dies traurige, winzige, kleine Zimmerecken, denn nur hier konnte mein deutscher Landsmann inmitten seiner französischen Genossen wohnen. Und ich hatte mich nicht geirrt.

Es war an einem Sonntagmorgen noch sehr frühe und ich fand meinen Freund daher, wie ich ganz richtig vorausgesetzt, bei seinem häuslichen Morgenkaffee. Keineswegs aber war meine Annahme in Betreff der Zungesellenwirtschaft richtig, denn aus dem Nebenzimmer trat seine „kleine Frau“.

Jenes Bibelwort: „Sie wird Vater und Mutter verlassen...“ bewahrheitet sich zweifellos am zutreffendsten in dem Einfluß, welchem ein liebendes Weib von Seiten des Mannes — oder richtiger wohl Beide gegenseitig auf einander — zugänglich ist. Ich fand hier in dem kleinsten denkbaren Raume eine geordnete Häuslichkeit von bewunderungswürdiger Anmuth und Sauberkeit in jeder geringsten Einrichtung. Melantes schneeweißes Morgenhäutchen, ihr einfacher Sonntagbrod nebst übrigem, trotz des frühen Morgens bereits angelegten Sonntagstaat hätten jeder deutschen Hausfrau Ehre gemacht und unterwürfen sich vielleicht nur dadurch, daß sie in der etwas loquetteren, vielleicht auch geschmackvolleren Anordnung die Pariserin vorzuziehen. Es erschien mir nun vorzugsweise interessant, mit dieser kleinen Häuslichkeit die eines Pärchens vergleichen zu können, bei welchem Beide Franzosen wären. In aller Bescheidenheit erklärte mir Herr Schmidt aber, daß das Suchen nach einer solchen vergeblich sein würde. So allerliebste arrangirt, sagte er, die Blumen vor dem Fenster auch erscheinen mögen, so reizend das Aeußere in Hinsicht der Toilette Ihnen auch dünken mag, wirkliche Bildung und ein wahrhaft gemüthliches Heim finden Sie nimmermehr. In Paris sucht man Freude und Vergnügen bekanntlich vorzugsweise außerhalb der Häuslichkeit, und auch wir wollten den schönen Morgen zu einem Ausfluge benutzen. Gern willigte ich ein, sie auf diesem zu begleiten.

Während wir durch den Jardin des Tuilleries dahinschlenderten, hatte ich Mühe, das internationale Pärchen meiner neuen Bekannten unbemerkt zu betrachten. Robert war ein schlanker, hoch aufgeschossener junger Mann, höchstens gegen das Ende der Zwanziger Jahre alt, ein Blondin vom reinsten Semmelgelb, mit beginnendem röthlichem Bart, sehr weißer Gesichtsfarbe, hoher Stirn, kräftiger, spitzer Nase und hellblauen Augen. Dazu denke man sich den Kontrast der wirklich winzig kleinen Parisierin mit rufschwarzem Haar, mit loblschwarzen, gleich feurigen Augen glühenden und von langen Seidenwimpern beschatteten Augen und tief dunkelbrauner Gesichtsfarbe. Um schön, oder auch nur hübsch zu sein, hatte sie eine viel zu schmale, niedrige Stirn, und jene kleine, ausdruckslos gerundete Nase — zwei unschöne Eigenthümlichkeiten, welche man bei den Pariserinnen der untersten Stände allerdings nur zu zahlreich findet. Dafür erschien sie aber in angeborener Grazie und Anmuth, sowie an zärtlichster Hingebung unübertrefflich.

Während wir über den Place de la Concorde dahinschlitten, waren wir bereits im eifrigsten politischen Gespräch, welches in Paris bekanntlich die hauptsächlichste aller Unterhaltungen bildet, eine Sitte, welche auch die eingewanderten Deutschen sehr bald annehmen.

„Die Arbeiter“, sagte Robert Schmidt, „sind der Herrschaft Napoleons sämtlich abhold, obwohl er Großes für sie gethan und sich viele Mühe gegeben, ihre Freundschaft zu erwerben. Kluge Leute haben den Arbeitern längst gesagt, daß der Umbau der Straßen vielmehr deshalb geschehen, um freie Bahn für die Kartätschen zu haben, als um den Arbeitern bessere Wohnungen zu beschaffen.“ Auch hier ist bereits längst die Bedeutung erkannt, welche man zumeist muß der Kraft, „die Böses will und Gutes schafft“.

„Aber“, wandte ich ein, „worauf stützt sich denn die Macht Napoleons? Wenn er unter den Arbeitern wirklich keine Freunde hat, warum jagt man denn nicht eines schönen Morgens diese üble Gesellschaft davon?“

„Die Arbeiter sind durchgängig republikanisch gesinnt; doch das hilft unter den obwaltenden Verhältnissen gar nichts. Wie überall, so war auch hier die erste Stütze dieser bösen Herrschaft eben die Armee und, lieber Herr, es war ein Glück, daß auch die Arbeiter bei Zeiten einsehen lernten: man könnte mit einem Dschen nicht ringen, weil man keine Hörner habe, wie er. Seitdem haben sich freilich die Verhältnisse sehr geändert und man darf davon überzeugt sein, daß die allgemeine Korruption auch im Heere nicht unbedeutend eingerissen; daß aber dennoch nicht längst schon ein ernstlicher Aufstand eben mit Hilfe des Heeres ausgeführt worden, dazu hat freilich vorzugsweise das deutsche Element unter den Pariser Arbeitern beigetragen.“

„Ist dasselbe denn so zahlreich und bereits maßgebend hier in Paris?“ fragte ich entgegen.“

„Zahlreich ja, einflußreich jedoch nur bedingungsweise. Man kann die Zahl der Deutschen in Paris ohne Frage auf nahezu einhunderttausend Köpfe schätzen, und diese Deutschen sind als fleißige, geschickte und zuverlässige Arbeiter angesehen. Wenn sie aber auch an Bildung und Kenntnissen zehnfach höher als die französischen Arbeiter stehen, so sehen diese doch in Bezug auf die Politik mit souveräner Verachtung auf sie herab. Die Ruhe und Zügelbarkeit der Deutschen, ihre philosophische Anschauung der Verhältnisse ist dem Franzosen völlig unverständlich; dieser muß wenigstens in Worten mit der Regierung in Fehde liegen, seinem Ingrimm Luft machen und in Plänen und Kombinationen sich die Zukunft ausmalen, sonst glaubt er seiner Würde als Mensch und Staatsbürger nicht zu genügen. Dadurch aber, daß der deutsche Arbeiter neben ihm so männlich fest und ruhig sich verhält, wird er denn doch stutzig gemacht und wenn auch nicht zur kaltblütigen Ueberlegung, so doch zur Unschlüssigkeit gebracht und davon abgehalten, sich von jeder äußerlichen Erregung hinarbeiten zu lassen. Glauben Sie, daß hierdurch in den Jahren dieser Mißregierung schon viel, viel Blutvergießen verhindert ist — denn dem „friedensvollen“ Kaiserreich wäre in der That schon längst nichts erwünschter gewesen, als ein Arbeiteraufstand, den man doch unter allen Umständen mit leichter Mühe niederzartätschen könnte.“



Stadt nicht zu verlassen, und im Hinblick auf zahlreiche ähnliche Fälle, wo das Ehrenwort französischer Kriegsgesangener gebrochen wurde, zur Kenntniß bringt, daß künftig das Ehrenwort keines Franzosen mehr angenommen werden wird.

Es liegt jetzt die neueste Uebersicht der Beisteuer zur Einberufung der Folgen des Bombardements von Straßburg vor, welche weit hinter den Erwartungen geblieben sind. Es gingen, ohne die Naturalgaben, im Ganzen 349,236 Frs. ein, wobei 100,000 Frs. vom Schweizerischen Komite und 60,000 Frs. aus Amerika. Davon wurden an 4334 unterstützte Familien 230,000 Frs. verausgabt.

In der vorgestrigen Plenar-Versammlung der königl. Akademie der Künste wurde, wie der „B. B. C.“ schreibt, von den 30 Anwesenden einstimmig der Entwurf zu einem Schreiben gebilligt, welches dem Herrn Minister v. Mühler als Antwort dienen sollte auf seinen in den Zeitungen veröffentlichten Erlaß an den Senat, das Arrangement der Kunstausstellung betreffend. Maler, Bildhauer, Kupferstecher und Musiker waren darin übereinstimmend, daß die Akademie der Künste, wo es sich um speziell artistische und ästhetische Gesichtspunkte handle, nöthigenfalls den Herrn Minister zu belehren, nicht aber von ihm Befehle zu empfangen habe. Sedenfalls wird das Schriftstück gleichfalls der Öffentlichkeit übergeben werden.

Unter Bezugnahme auf das Reskript des Kriegsministers vom 21. Dez. v. Z. betreffend die Errichtung von Gariboldi-Bataillonen, wird darauf aufmerksam gemacht, daß Beamte sich zum freiwilligen Eintritt in solche Bataillone nur nach vorheriger Einholung der Genehmigung ihrer vorgesetzten Dienstbehörde melden dürfen. Die Entfernung aus dem Dienste ohne Urlaub hat die gesetzlichen Nachteile zur Folge.

In Sachen des Celler Denkmals vernimmt man jetzt, daß weder der Militärstatue noch eine andere militärische Behörde einen Vergleich vorgeschlagen, oder eine Genehmigung dazu ausgesprochen habe. Dagegen hat man sich von dritter Seite bemächtigt, bei den Parteien einen Vergleich anzulegen, und wurde dem Herrn Bünzler angedeutet, daß, wenn die bei der Denkmals-Errichtung Beteiligten ein Geadingefühl an den Kaiser richteten, worin anerkannt würde, bei der Aufstellung des Denkmals Gehilfen zu haben, namentlich durch Außerachtlassen von Rücksichten gegen das in Celler garnisonirende Militär, dann vorausichtlich die Errichtung des Denkmals gestattet würde. Der Kläger Bünzler und seine Mitinteressenten, welche wohl wissen, auf welcher Seite die Rücksichtslosigkeit zu suchen, haben dies abgelehnt.

Verschiedene Blätter hatten mitgetheilt, daß der Schulrath W. Antrop, nachdem er mit dem Beinamen von Cylac geahndelt worden, sich zur Ruhe gesetzt habe. Aus einer Notiz der „Kr. B.“ ersieht man, daß derselbe nach wie vor sein Licht in Minden leuchten läßt.

**Bonn, 3. Februar.** Die „Bonner Z.“ veröffentlicht die Antwort des Kaisers auf die Adresse der Bonner Universität; in derselben heißt es:

„Mein in Gott ruhender Herr Vater hat die rheinische Universität zur Sicherung und Förderung des deutschen Wissens durch die deutsche Wissenschaft an dem, dem Vaterlande als deutsches und unabtrennbares Gut wiederergewonnenen Rheinstrom gegründet. Zu Gott hoffe ich, daß die Universität unter dem starken Schutze der in dem deutschen Reiche geeinten nationalen Macht fortan ohne Besorgniß vor feindlicher Vergewaltigung ihr Streben zum Frommen des Vaterlandes lehrreich und thätig sein können.“

**Hamburg, 5. Februar.** (Tel.) Der Senat hat die Aufnahme der Fürbitte für den deutschen Kaiser in das Kirchengebet angeordnet. Beim heutigen Gottesdienst wurde dasselbe zum ersten Male in abgeänderter Form gesprochen.

**Darmstadt, 4. Februar.** Der Bürgermeister sowie der Gemeinderath von Darmstadt haben an den deutschen Kaiser

„Aber soll denn diese schimpfliche Knechtung der französischen Nation ewig dauern?“

„Ja, das ist eben ein Unglück. Frankreich ist nach meiner Ueberzeugung bereits viel zu sehr von allgemeiner Entfittlichung und Entnerbung durchdrungen — das Napoleonenthum hat es förmlich wunderrbar verstanden, auch die Geister zu unterjochen oder zu verderben. So viel Lärm von den sogenannten Demokraten auch gemacht wird — es ist alles Wind; eine bleierne Gleichgültigkeit lastet auf den Geistern und wenn man auch davon überzeugt sein darf, daß im ganzen Volke und selbst im Heere diese arge Herrschaft nichts weniger als geliebt ist, so haben die Republikaner doch wahrlich noch keine Wurzel gefaßt, denn sie sind leider eben nicht die Männer dazu.“

Also hat die europäische Revolution, oder richtiger gesagt, eine wohlthätige Bewegung, durch welche allen Völkern die vorerhaltene Freiheit kommen oder doch Vorschub erlangen würde, jetzt gar keine Hoffnung mehr, durch eine wohlthätige Umwälzung in Frankreich wiederum den ersten Anstoß zu gewinnen?

„Keine!“ bekräftigte Schmidt aus voller Ueberzeugung.

Melanie hatte sich nicht um unser Gespräch gekümmert, wie dies die französischen Frauen regelmäßig thun, sondern längelte mit der Unbefangenheit eines Kindes an seinem Arme dahin. Erst als ich Fragen an sie richtete, schenkte sie mir überhaupt einige Beachtung, und als ich sie zu reden begann, veranlaßte sie sich dadurch, daß sie mit dem ganzen Uebermuth der Lebhaftigkeit und Schelmerei der Pariserin über die „blonden Deutschen“ herzog.

Während das Verhältniß meiner beiden neuen Bekannten in Paris bekanntlich ein ganz alltägliches ist, so stellte es sich hier zwischen einem Deutschen und einer Französin doch in so seltsamer Weise dar — daß ich mir wohl gestatten darf, den Lesern darüber noch nähere Aufschlüsse zu geben.

## Marsskizzen eines verspäteten Vaterlands-Verteidigers.

### II.

Conjumeau, den 20. Januar 1871.

Mit der ersten Frühlingsblume kommt der Frieden, sagt nicht der Postillon, sondern der weise Maire von Conjumeau, bei dem wir einquartirt sind, und die noch weisere Frau Maïrin meint: Avec les lilas, d. h. mit der Fliederblüte. Indessen weder diese Autoritäten noch der gestrige Ausfall gegen Versailles, von dessen Erfolglosigkeit die heut hier angekommenen Gefangenen ein unleugbares Zeugniß abgeben, noch auch das heutige Schweigen des Kanonendonners kann die unter uns allgem. verbreitete und geglaubte Erwartung baldiger Entscheidung erschüttern.

Die zwei Nothbrücken über die Seine sind durch den Eisgang zerstört worden. Sie sollen heute bereits wieder in Stand

eine Adresse erlassen, worin sie demselben, als dem bewährten Führer der deutschen Nation, der Deutschland vor dem drohenden Einfall des übermüthigen französischen Feindes mit kräftiger Hand beschützt und inmitten des Schlachtengewühls das deutsche Reich wieder ins Leben gerufen, ihre Huldigung darbringen. Gleichzeitig wurde dem Großherzoge eine Dankadresse überreicht, in welcher dargelegt wird, daß durch das einmüthige Zusammenwirken sämtlicher deutscher Fürsten die Einigung Deutschlands ermöglicht worden ist.

**Stuttgart, 1. Februar.** Am hiesigen Hofe sind die Vorbereitungen zu einer Reise nach Versailles neuerdings wieder aufgenommen worden. Wie mir mitgetheilt wurde, ist an sämtliche deutsche Fürsten die Einladung ergangen, bei dem nun bald zu erwartenden Friedensschlusse anwesend zu sein. Der König hat diese Einladung angenommen, entsprechend der hohen Bedeutung einer solchen Reise, hat er auch sofort die Anordnung getroffen, daß für seine Hofdiener und sonstigen Hofchargen ganz neue und neuerfundene Uniformen speziell zu diesem Zwecke angefertigt werden sollen. (Nat. Z.)

**München, 2. Februar.** Am Montag Abends reiste eine deutsche Katholiken-Deputation nach Rom, um dem heil. Vater Huldigungen und Weihnachtsgaben der deutschen Katholiken zu überbringen. Letztere bestehen aus 10,000 Thln.

## Oesterreich.

**Wien, 5. Februar.** (Tel.) Die amtliche „Wiener Zeit.“ enthält ein kaiserliches Handschreiben an die Wittve des jüngst verstorbenen Ministers Götz, welches den tiefen Schmerz des Kaisers über den dem Vaterlande wie dem Kaiser so empfindlichen Verlust ausdrückt und gleichzeitig mit den anerkanntesten Worten der Verdienste des Dahingegangenen gedenkt.

**Wien, 4. Febr.** (Tel.) In der heutigen Sitzung der Delegation des Reichsraths wurde über die Uebertragung der Schuld von 80 Millionen in die Bücher der Staatsschuldenkasse berathen.

Die Delegation nahm die erste Resolution des Ausschusses an, nach welcher zunächst Kenntniß genommen wird von der Erklärung des gemeinsamen Ministeriums, daß durch eine lediglich administrative Verfügung der Uebertragung der Staatsschuld in die Bücher der Staatsschuldenkasse kein Präjudiz geschaffen werden konnte; die Delegation beschließt ihrerseits, daß ein derartiger administrativer Akt überhaupt kein Präjudiz schaffen könne. Von der zweiten Resolution wurde der erste Absatz angenommen; derselbe besagt: Die vom Ministerium angegebenen Motive rechtfertigen die statgehabte Uebertragung nicht. Abgelehnt wurde der zweite Absatz der Resolution, welcher das Bestehen der Delegation darüber ausdrückt, daß die Uebertragung doch statgehabt habe, obwohl das österreichische Ministerium und die Staatsschulden-Kontrollkommission sich dagegen ausgesprochen haben.

## Schweiz.

**Bern, 4. Febr.** (Tel.) Die Anzahl der bis jetzt in die Schweiz eingedrungenen Franzosen beträgt 66,000 Mann, von denen 50,000 bei Verdères, 13,000 bei Vallorbes und St. Croix die Grenze überschritten. Zwischen den noch jenseits der Grenze befindlichen Franzosen und den nachrückenden deutschen Truppen kam es gestern und vorgestern noch zu Zusammenstößen. In Neuenburg beklagten sich mehr als 2000 Verwundete. Der Bundesrath soll bei der französischen Regierung um Kleidungsstücke für die übergetretene Armee nachgesucht haben, da die meisten Mannschaften in dieser Beziehung großen Mangel leiden.

gefaßt sein. Vor vier Tagen aber lautete der Befehl des Etappenkommandos in Eagny, wegen Unsicherheit der Brückenübergänge sei unser Kommando über Corbeil infradit. Corbeil aber liegt an der Seine und mindestens 6 Meilen südlich von Paris. Somit wurden wir genöthigt, einen großen Umweg zu machen, um in einem weiten Bogen um Paris herum in unser Kantonnement bei St. Cloud zu gelangen.

Eagny ist eine häßliche Provinzialstadt, die in Folge des außerordentlich starken Truppenverkehrs und der Sprengung der Marnebrücke noch enger und schmutziger erscheint, als sie sonst sein mag. Wir fanden keinen Platz mehr in der Stadt und mußten noch 3/4 Meilen in das Dorf Bussy de St. Georges marschiren. Entschuldige, freundlicher Leser, daß ich Dich mit dem Namen eines der schmutzigsten Dörfer Frankreichs belästige, denn es ist trotz seiner äußerlichen Dürftigkeit durch verschiedene höchst wichtige historische Merkmale ausgezeichnet. Wollte ich auch die sehr interessante Thatsache verschweigen, daß wir dort die erste Eisenwurk zu essen bekamen, so bleibt immerhin noch der greise Leibarzt des 1813 in der Gasse ertrunkenen Fürsten Josef Poniatowski darin wohnen. Ewiger Ruhm aber gebührt ihm durch dich, Pre und Preis aller französischen Schulmeister. Schon längst habe ich Dir im innersten Herzen Abbitte gethan für die Klänlung, welche ich Dir mit der ganzen Varschheit eines preußischen Feldwebels zugefügt, als du nicht mit der nöthigen Schnelligkeit die Quartierbillets expedirtest. Schon längst bin ich im Giste Deiner redseligen Gehälste zu Füßen gefallen für die lateinische Hinausweisung, als sie mit unvergleichlicher Zungenfertigkeit französische Partei ergriff für kommunale Exklusivität zum Nachtheil kriegsgerechter preussischer Einquartierung.

Kaum daß du in mir deinen Kollegen und Leidensgenossen vermuthet, so hast du bereitwillig dein spärliches Abendmahl und dein Bett mit mir getheilt. Mit übereinander gefalteten Händen hieltst du zur Würde des frugalen Diners längere Reden über die Vergänglichkeit des Irdischen und die Hoffnungslosigkeit des Schulmeisterstandes. Während des Morgens dein bißeres Gekemmel und die 3 erwachsenen, nicht unehelichen Töchter schliefen, standest du auf und kochtest Kaffee und puptest ihnen Stiefel und Schuhe, und puptest auch meine Stiefel und eiltest um 8 Uhr mit dem Guckenschlage in die von der kreischenden Dorfjugend gefüllte Schule. Und doch bist du nicht nur der gewissenhafteste, sondern auch einer der intelligentesten Dorfschullehrer in Frankreich, denn du hast die sehr praktische Lesemaschine erfunden, auf welcher durch die einfache Verschiebung eines vierkantigen Stabes alle möglichen Silbenzusammenfügungen erzielt werden. Und wenn irgend j-mand, so hast Du mit Recht auf der Pariser Weltausstellung vom Jahre 1867 die Preismedaille erhalten pour la bonne direction de la classe d'adultes. An der Stirn des zugehörigen Diploms prangt die mahnende Inschrift: Dans le pays du suffrage universel tout citoyen doit savoir lire et écrire. Ein Ziel auf's Sehnlichste zu wünschen, nicht wahr, mein Herr Confidère, da ja auch Dein Chef und Schwieger-

## Belgien.

**Brüssel, 5. Februar.** (Tel.) Eingetroffenen Nachrichten zufolge hat auch der Munizipalrath in Douai einen Protest gegen die durch das Dekret vom 31. Januar aufgestellte Nichtwählbarkeit gewisser Kategorien erlassen und sich dahin ausgesprochen, daß nichts desto weniger alle Stimmen, die regelmäßig abgegeben werden, als gültig betrachtet werden sollen. — Wie aus Paris gemeldet wird, ist die Kandidatenliste für das Seine-departement bereits dort angeschlagen. Die Namen sämtlicher Regierungsmitglieder mit Ausnahme Gambetta's figuriren in derselben. Den Dispositionen der Wähler zufolge scheint diese Liste auf eine sehr große Majorität rechnen zu können. — Eingetroffenen Nachrichten zufolge sind im Departement der Sarthe folgende Kandidaten für die Konstituante aufgestellt worden: Marquis de Talhouet, Marquis de la Rochefoucauld de Jouque (Schwiegerater Talhouet's), Vertillart (Maire von Le Mans), Buisson-Billaud, Duvalier (Generalrath), Haentjens, Calaux, Gasselin (früher Maire von Fresnay), Bernard Dutreil (Generalrath), sämtlich der gemäßigten Partei angehörend. — Wie „Etoile Belge“ erfährt, hat Testelin in einer republikanischen Versammlung sich zu Gunsten des Friedens ausgesprochen und gleichzeitig erklärt, daß er, obwohl er mit Gambetta befreundet, nun doch jetzt für nöthig halte, demselben Opposition zu machen. — „Etoile Belge“ veröffentlicht ein Manifest des Herzogs von Anmale vom 1. d. an die Wähler, in demselben heißt es:

„Ich glaube die Pflicht zu haben, denjenigen, die mich noch wählen möchten, Erklärung über die Kriegs- und Friedensfrage sowie über die Verfassungsfrage zu geben. Da ich an den Kisten, welche den Krieg vorbereitet haben, nicht theilhaftig war, so darf ich die volle Freiheit der Beurtheilung in Anspruch nehmen. Ich bin dazu noch mehr berechtigt durch die Unthätigkeit, welche mir auferlegt wurde, als ich das Recht in Anspruch nahm, mit zu kämpfen. Was den zweiten Punkt anbelangt, so bleibe ich vor den Vortheilen eingenommen, welche die konstitutionelle Monarchie darbietet. Ich vergleiche mit kindlichem Stolz das gegenwärtige Frankreich mit dem Frankreich meines Vaters; ich finde aber in meinen Gefühlen nichts, was mich von der Republik trennt, wenn Frankreich die Republik will. Ich bin bereit, mich vor seiner Souveränität zu beugen.“

## Frankreich.

**Paris, 2. Februar.** (Tel. Auf indirektem Wege.) Die Mitglieder der Pariser Regierung werden sich am 10. Februar nach Bordeaux begeben, um der Nationalversammlung Rechenschaft abzulegen. General Trochu hat jede Kandidatur zur Konstituante abgelehnt. 914 in Paris befindliche deutsche Kriegsgesangene sind gegen eine gleiche Anzahl französischer ausgewechselt worden. In einer Note des „Journal officiel“ wird konstatiert, daß Favre die Verhandlungen in Versailles im vollsten Einvernehmen mit den übrigen Mitgliedern der Regierung und mit Instruktionen derselben versehen, geführt hat. General Vinoy habe ebenfalls den betreffenden Beratungen des Verteidigungsrathes beigewohnt. Ferner wurde amtlich mitgetheilt, daß Jules Simon sich zur Ausführung der Konvention vom 28. Januar und zur Vorbereitung des Zusammentritts der Konstituante nach Bordeaux begeben habe. General Leflo hat an die Armee eine Proklamation erlassen, in welcher es heißt: Ihr habt Paris so lange vertheidigt, als noch ein Stück Brot vorhanden war. Jetzt habt Ihr neue Pflichten. Gebet ein Beispiel der Disziplin, der guten Haltung und des Gehorsams. — Am 31. Januar wurde die 3prozentige Rente zu 51, 20, am 1. Februar zu 50, 30 notirt.

vater, der würdige Maire v. Bussy de St. Georges, wie so mancher andere, weder schreiben noch lesen kann.

Bis über die Knochen im Schmutze, aber im wörtlichsten Sinne genommen, waten wir dem modernen Pabel zu, welches schon seine Ureinwohner eine Stadt des Schmutzes (Lutetia Parisiorum) genannt haben. In neuester Zeit sollen zwar die Straßen und Trottoirs recht reinlich gehalten sein, aber in moralischer Beziehung ist es doch das alte Sumpfloch geblieben. — Auf dem Wege nach Corbeil ist Brie-Comte-Robert. Vor und hinter der Stadt liegen viele todte Pferde an der Straße, denen nur die Hinterviertel abgeschlachtet sind, weil im übrigen Körper nur Sehnen und Knochen zu finden sind. In einem der besten Gasthäuser wurde uns Pferdebesteat vorgesetzt, das wir nicht seines Ursprunges, sondern der für menschliche Zähne unüberwindlichen Zähigkeit wegen verschmäht haben. — Corbeil liegt sehr malerisch zu beiden Seiten der Seine. Auch hier ist die Brücke gesprengt worden, aber bereits längst wieder hergestellt. Wir wurden mit elf hundert bei Le Mans gefangenen Franzosen zusammen in einem großen Mühlen-Etablissement einquartirt. Die Gefangenen sahen recht gut genährt und gekleidet aus und waren mit ihrem Loos sehr zufrieden. Ein Husarenwachtmeister, der zu ihrer Begleitung kommandirt war, erzählte uns: Wir haben, kaum zwei hundert Mann stark, diese elf hundert an stockfinsternen Abenden durch größere Wälder geführt. Ein Sprung hinter den ersten besten Strauch bot jedem einzelnen die Freiheit, und es ist uns kein einziger abhanden gekommen.

Heut, den 21. Januar, treten wir in freudiger Spannung unsern Marsch an. Wir werden Versailles sehen und hoffentlich unser Regiment erreichen, das vorgestern nicht unbedeutend engagirt gewesen sein soll. Somit hatten wir gerade vierzehn Tage gebraucht, um von Posen aus an den Ort unserer Bestimmung zu gelangen. — Das Wetter ist ganz lau. In der Nacht fiel ein starker Regen. Wenn auch die Felder noch nicht grün sind, so giebt der unverwelkte Epheu, der Bäume und Büsche überdeckt, und die grünen Schwarzerpflanzungen, von denen manche Bäume fast ganz bekleidet sind, der Gegend bereits ein frühlingsmäßiges Aussehen. Die erste Frühlingsblume wird nicht lange auf sich warten lassen, verehrter Herr Maire von Conjumeau!

\* Der deutsche Fischerei-Verein hat eine General-Versammlung gehalten und folgendes Telegramm nach Versailles geschickt:

Er. Kaiserl. und Königl. Hoheit dem Kronprinzen des deutschen Reichs und Kronprinzen von Preußen!  
Daß frei wir werfen unsere Netze  
In Har und Mosel, Rhein und Saar,  
Zu finden ihrer Tiefen Schätze: —  
Dank Dir und Deiner Gütigkeit!  
Daß deutsch die deutschen Ströme bleiben,  
Dank sei es Dir und Deinem Heer.  
Drum hoch! dem Schutzpatron dem Reben,  
Des Reichs Fort, vom Feld zum Meer.  
Im Auftrage der Generalversammlung des deutschen Fischerei-Vereins  
Graf Münster.



**Bordeaux.** Gambetta versuchte nach der Kapitulation von Paris so ziemlich die gleiche Komödie zu spielen, wie nach derjenigen von Metz. Er stellte sich aufs höchste überrascht, obwohl selbst von Pariser Regierungsmitgliedern schon seit Wochen das nahe Ende angekündigt worden war. So schrieb Jules Simon aus Paris in einem Briefe vom 14. Januar, der am 26. in Limoges eintraf: „An dem Tage, wo Paris deblakirt wird, ist nichts mehr vorhanden, um zwei Millionen Menschen zu speisen.“ Er fordert die Präfektur auf, Brodschneide bereit zu machen, auch Saatkorn, denn „in diesem Augenblicke greifen wir zu dem reservirten Getreide für die Aussaat, und wir versprechen auf Ehrenwort, es zurückzugeben.“ Jules Simon vertritt in einer Nachschrift sein bekanntlich ziemlich naives Naturell, indem er schreibt: „Von allen Seiten hört man Leute, welche im Falle des Unheils wollen, daß man Paris in die Luft fliegen lassen solle; es ist erschrecklich, und doch ist es besser, Moskau zu sein, als Sedan.“ Seitdem die Uebereinkunft nach Bordeaux gelangt ist, unterwirft sich ihr Gambetta zwar äußerlich, bietet aber Alles auf, sie auf Schleichwegen zu umgehen. Die frei zu berufende Nationalvertretung soll nach der Konvention über Krieg und Frieden entscheiden; aber Gambetta konfisziert nicht nur die Wahlfreiheit durch die willkürlichen Akte, sondern er nimmt schon vorweg die Entscheidung über Krieg und Frieden für sich in Anspruch, erklärt, daß der Waffenstillstand nur zur Verstärkung der Rüstungen dienen dürfe, und erläßt Proklamationen, in denen der Krieg bis aufs Messer eifriger als je gepredigt wird. Schon öfter erwähnt ist die „vertrauliche“ Depesche, welche Gambetta durch Herrn Laurier an die Präfekten richtete. Diese Depesche wurde, wie der „Liberal du Nord“ von Douai berichtet, „in Folge eines Mißverständnisses“ vor der Souspräfektur angeschlagen und dann zurückgezogen; da sie aber von Vielen gelesen und besprochen, dann aber in Folge einer gewissen Aufregung zurückgezogen war, weil sie „konfidentiell und dem Publikum nicht hätte überliefert werden sollen“, so hält der „Liberal“ es für besser, „den offiziellen Text abzuändern, statt die Kommentare darüber abirren zu lassen.“ Dieses offizielle Aktenstück trägt das Datum Bordeaux, 31. Januar, 12 Uhr 35 Minuten Abends und lautet wörtlich:

Seit der Depesche, die Ihnen Nachmittags zugeht und welche in Versailles sofortige und genaue Aufklärungen über Art, Ausdehnung und Tragweite der geschlossenen Vereinbarung verlangt wurden, ist keine neue offizielle eingetroffen; man weiß nicht mehr als diesen Morgen, inwiefern die Nachrichten des Auslandes besagen, daß in Versailles über den Punkt des Friedens selbst nichts abgemacht wurde; die Besetzung der Fests von Paris durch die Preußen scheint anzudeuten, daß die Hauptstadt übergeben wurde, so weit sie Festung ist; die Armeen und Nationalgarde müssen die Waffen abgeben, die stehende Nationalgarde behält die übrigen. Der abgeschlossene Vertrag bezieht sich einzig und allein auf den Waffenstillstand, welcher hauptsächlich die Bildung und Enderung einer Armee zum Zwecke hat. Die durch den Minister des Innern und des Krieges befolgte und fortgesetzte Politik ist immer noch dieselbe: Krieg bis aufs Äußerste, Widerstand bis zur vollständigen Erschöpfung. Wenden Sie daher alle Ihre Energie auf, um die Stimmung der Bevölkerung obenauf zu erhalten, die seit dem Waffenstillstand soll ausgenutzt werden, um unsere drei Armeen an Mannschaft, Munition und Lebensmitteln zu verstärken. Die Truppen werden zu einer strengen Disziplin angehalten werden, auf welche Sie im Einvernehmen mit den Militärbehörden Ihr ganzes Augenmerk zu richten haben; sie müssen täglich geraume Zeit geübt werden, um sie kriegerisch zu machen; die Requisitionen sollen fortfahren und die ganze Arbeit der Organisation und Equipierung nicht nur nicht eingestellt, sondern mit Wachsamkeit fortgesetzt werden; der Waffenstillstand muß um jeden Preis ausgenutzt werden und wir können dafür sorgen, daß dies geschieht. Endlich kann Alles bis zu den Wahlen hinauf ausgenutzt werden; was Frankreich Noth thut, ist eine Verammlung, welche den Krieg will und zu Allem entschlossen ist, um ihn zu führen. Das Mitglied der Regierung (von Paris) das erwartet wird, dürfte morgen früh ohne Zweifel (in Bordeaux) eintreffen, der Minister hat sich eine Frist gesetzt, die morgen um 3 Uhr abläuft. Sie werden morgen eine Proklamation an die Bürger nach allen den Dekreten und Maßregeln erhalten, welche nach seiner Ansicht den Nothigungen der jetzigen Lage entgegenwirken sollen. Also Geduld, Festigkeit, Muth, Entschlossenheit, Disziplin! Es lebe die Republik! Clement Laurier.

Die Proklamation folgte dann bald; sie diktierte dem Lande in einer vollkommen kategorischen Weise die Fortsetzung des Krieges und erklärte vorweg jeden für einen Ehrlosen der anders denken sollte. Dies war die Einleitung zur Berufung der Versammlung, die den „souveränen Nationalwillen“ vertreten soll.

**Bordeaux, 3. Februar.** (Tel. auf indirektem Wege.) Garibaldi hat auf Ansuchen der Gemeindebehörde in Nizza die Kandidatur zur Konstituante im Departement der Seealpen angenommen. — „Siécle“ und „Gironde“, die Organe Gambettas, sprechen sich in längeren Artikeln gegen die Abtretung der Deprovinzen aus. — Gambetta hat die Präfekten instruiert, den Maires die formellsten Weisungen bezüglich des Wahlbeschränkungsdekretes vom 31. Januar zugehen zu lassen. Nach einer Verfügung Gambettas sollen Wahlzettel, welche Namen von nach dem Dekret vom 31. v. M. von der Wahlbarkeit ausgeschlossenen Kandidaten enthalten, Gültigkeit behalten für diejenigen, außerdem auf demselben verzeichneten Kandidaten, welche wählbar sind. — Aus Lyon wird von einer dort heute stattgehabten Arbeiterdemonstration für die Kommune und den Krieg berichtet. Die Menge zerstreute sich nach einer beruhigenden Ansprache des Präfekten.

**Bordeaux, 5. Februar.** (Tel. auf indirektem Wege.) Ein Aktenstück der Regierung enthält folgende Mittheilung: Jules Simon, Mitglied der Regierung zu Paris, hat nach Bordeaux die Anzeige eines Wahldekrets überbracht, welches mit dem Seitens der Regierung zu Bordeaux am 31. Januar erlassenen Wahldekret in einem Punkte nicht übereinstimmen würde. Die Regierung zu Paris ist seit vier Monaten eingeschlossen, sie ist abgeschnitten von jeder Verbindung mit der öffentlichen Meinung, noch mehr, sie befindet sich gegenwärtig im Zustande der Kriegsgefangenschaft. Nichts steht der Annahme entgegen, daß die Regierung zu Paris, wenn sie besser unterrichtet gewesen wäre, in Uebereinstimmung mit der Regierung zu Bordeaux verfahren haben würde; ebenso wenig ist es aber erwiesen, daß, als die Pariser Regierung Jules Simon im Allgemeinen die Mission ertheilte, die Wahlen bewerkstelligen zu lassen, sie in absoluter und verletzender Weise den Fall der Inkompatibilität hat entscheiden wollen. Unter diesen Umständen hält die Regierung zu Bordeaux es für ihre Pflicht, ihr Wahldekret aufrecht zu erhalten, trotz der Remonstrationen und der Einmischung des Grafen Bismarck in die inneren Angelegenheiten des Landes; sie hält es aufrecht im Namen der Ehre und Interessen Frankreichs. Ein Mitglied der Regierung

von Bordeaux ist heute abgereist, um selbst den wahren Sachverhalt zur Kenntniß der Pariser Regierung zu bringen. Gegeben zu Bordeaux am 4. Februar 1871. Gez.: Cremieux, Gambetta, Glais-Bizoin, Fourichon. Die hiesige Regierungsdelegation veröffentlicht die nachstehende Depesche Favres an Gambetta aus Versailles vom 2. d. Mts. Favre schreibt: Die Schwierigkeiten bei der Ausführung des Waffenstillstandes entspringen aus der Unmöglichkeit, regelmäßige Mittheilung zu machen. Wir konnten ihnen nicht den Text der Konvention und die genauen Angaben über die Demarkationslinie übermitteln. Ich sende Ihnen jetzt den Text, den Sie den Corps-Kommandanten zugehen lassen wollen. Nach Ausführung der bekannten Bedingungen besteht Favre auf Ausführung der Waffenstillstandes und fügt hinzu, Graf Bismarck habe gestern eingewilligt, dem General Manteufel Vollmachten zu senden, um die Demarkationslinie mit unseren Kommandanten zu regeln. Gambetta möge den französischen Kommandanten gleiche Ordres zufertigen und Favre benachrichtigen, ob es geschieht. Berichtigungen Sie hiernach, führt die Depesche fort, das, was ich Ihnen zuerst geschrieben, nachdem ich mit dem Grafen Molke konferirt hatte. Man schlägt mir vor, um zu Ende zu kommen Bitch und Belfort zu übergeben; dann wolle man die Demarkation feststellen. Ich konnte diesen Vorschlag nicht annehmen, obgleich man mir gesagt, daß Belfort sich nicht lange halten könne. Ich habe um die Ernächtigung gebeten, Offiziere zur Aufklärung über die wahre Sachlage in die Festung entsenden zu dürfen und glaube, daß dies nicht verweigert werden wird. Unter den jetzigen Verhältnissen würden die Operationen vor Belfort und in den drei Departements Jura, Côte d'Or und Doubs wieder beginnen, unter Vorbehalt des zu treffenden Abkommens über den Beginn des Waffenstillstandes. Man sagt mir, daß der Kommandant von Langres den Waffenstillstand nicht anerkennen wolle und eine chiffirte Depesche verlange. Ich habe seine Chiffre nicht. Senden Sie ihm die Depesche. — Gestern Abend hat ein im Theater Louis stattgehabtes Meeting beschlossen, eine Volksdemonstration ins Werk zu setzen, bei welcher Gambetta befragt werden soll, ob er gesonnen sei event. die Präsidenschaft eines Wohlfahrtsausschusses anzunehmen, und ob er bei seinem früheren Versprechen des Widerstandes bis zum Äußersten beharren würde. Die Antwort Gambettas soll in schriftlicher Form erbeten werden. — Die Regierung veröffentlicht eine Depesche des General Billot aus Lyon Perrache vom 3. d. Der General meldet, daß er, nachdem er den Rückzug der Ostarmee in Gemäßheit der ihm vom General Clinchant ertheilten Befehle gedeckt hätte, sich mit der Zustimmung des letzteren der Internirung entzogen habe, um in Bordeaux der Regierung Bericht erstatten zu können. Das 18. Corps und die Reserve haben am 1. d. bei La Cluse und Roze und Fort Jour tapfer gekämpft. Der Mangel an Lebensmitteln und Munition und die in Folge des Waffenstillstandes angezeigten Bewegungen habe den General bestimmt, den Rückzug zu befehlen, der sich nach der Schweiz vollzogen habe. Einige isolirte Corps, denen er volle Freiheit der Bewegung gegeben, hätten sich nach der Rückziehen können.

**Havre, 4. Febr.** (Tel. auf indirektem Wege.) Die Seine ist jetzt bis Rouen schiffbar. — Nach Berichten von Reisenden, welche Paris am 2. d. verlassen haben, war am 2. d. kein Transport mit Lebensmitteln von Außen her angekommen. In Paris herrscht Ruhe. Heute werden bedeutende Transporte mit Lebensmitteln erwartet. Seit dem 28. v. M. sind sämtliche Journale von Paris ausgeblieben. Die französische Regierung übermittelt keine Nachrichten.

**Dieppe, 4. Febr.** (Tel. auf indirektem Wege.) Bis heute ist der Eisenbahnverkehr für Personen nicht eröffnet. Dieppe hat eine preussische Besatzung erhalten. Die Bevölkerung wünscht den Frieden.

**Ville, 4. Febr.** (Tel. auf indirektem Wege.) Auf der demokratischen Wahlliste des Departements Pas de Calais befinden sich u. A. auch Jules Favre und General Faidherbe. — Eine Deputation von Wählern der Stadt Lille hat den Präfekten um Aufklärung ersucht über das Dekret der Regierung vom 31. v. Mts. Der Präfekt erklärte, es müsse das Dekret vom 31. v. M. für gültig angesehen werden, weil es nach dem Pariser Dekrete erlassen sei und letzteres daher aufhebe. Robt-Bernard und Brame haben gegen das Gambettasche Dekret protestirt und Angehörige desselben ihre Kandidaturen zurückgezogen. Auch von dem Nationalkomitee in Lille ist gegen dasselbe Dekret ein Protest erlassen worden.

**Nizza, 4. Febr.** (Tel. auf indirektem Wege.) Der Präfekt des Departements der Seealpen hat eine Proklamation erlassen, worin er ankündigt, daß das Ende der jetzigen Krisis bald zu erwarten sei. Die Delegation habe den Waffenstillstand angenommen, und das Volk werde jetzt die Friedensbedingungen prüfen. Es werde sie annehmen, wenn sie ehrenvoll seien, und sie nur zurückweisen, wenn sie erniedrigend sein sollten. Der Krieg werde nicht fortgesetzt werden, es sei denn, daß die nationale Würde es unumgänglich fordere; er werde aber aufhören, wenn nur die Ehre unbeschädigt bleibt.

## Spanien.

**Madrid, 27. Januar.** Nachdem der Entwurf eines Manifestes an das spanische Volk, welchen der demokratische Minister des Auswärtigen, Martos, ausgearbeitet hatte, von dem Gesamt-Ministerium verworfen worden war, scheint es den einzelnen Mitgliedern des letzteren überlassen zu bleiben, ihre Grundsätze in besonderen Rundgebungen zu entwickeln. Den Reigen hierin hat der progressivste Handels-Minister Ruiz Zorrilla eröffnet, der wohl am längsten hätte schweigen können, da noch nicht Jedermann die Rede verdrat hat, die er seiner Zeit an Bord der „Villa de Madrid“ gehalten und in welcher er seiner eigenen Partei und dem ganzen Lande so bittere Wahrheiten gesagt. In seinem gestern von dem Amtsblatte mitgetheilten Rundschreiben spricht Zorrilla einmal wieder von Unterrichtsfreiheit, Zwangsunterricht, Unentgeltlichkeit des Unterrichts, Bezahlung der Schulmeister, von Hebung der Landwirtschaft durch Kanäle und Kolonisation, und er verheißt Gesetze und Dekrete in dieser Richtung, die allerdings jetzt, da die glorreiche September-Revolution schon mehr als zwei Jahre hinter sich hat, nicht allzu lange auf sich warten lassen sollten. Mit gutem Grunde legt Zorrilla des Längeren auseinander, was eigentlich

Unterrichtsfreiheit sei; denn gar viele spanische Gemeinderäthe haben nach der Revolution diesen Grundsatz dahin mißverstanden, es stehe ihnen jetzt frei, die Schulen zu schließen und die Schulmeister nicht mehr zu bezahlen.

**Madrid.** Am ersten Märzsonntag finden die Wahlen statt, da die Kammern am 3. April eröffnet werden sollen. Eine Koalition der Jabellinnen oder Alphonisten („schmerzige Bett und ranzige Butter“) mit den Karlisten und Republikanern gilt als vollbrachte Thatsache. Zwar klingt es fabelhaft, doch die Republikaner denken: „Noth kennt kein Gebot“, und im Stillen bildet jede Partei sich ein, die andere schließlich um den Lohn der gemeinsamen Maulwurfsarbeit pressen zu können. Die Republikaner Castelar, Figueras und Pi y Margall haben an die „Föderal-Republikaner“ eine Proklamation erlassen, worin sie gegen „die fremde Dynastie“ eifern und erklären, sie seien entschlossen, sie zum Abdanken zu zwingen und den Kampf im Nothfall mit dem Könige zu beginnen: „Es wäre wahrhaftig albern, wenn wir uns der Wahlen, die einen solchen Charakter haben, enthalten wollten. Alle Oppositionen nehmen den Kampf auf und wir werden nicht zurückbleiben können. Republikaner von Ueberzeugung, unsere Pflicht ist, auf jedem Terrain zu kämpfen für den Sieg unserer Sache.“ Das sind schöne Worte. Auch die Karlisten haben einen Aufruf zur Betheiligung an den Wahlen veranlaßt. Kurz, es wird lebhaft hergegangen. Auf der anderen Seite ist die Popularität des Königs sichtbar im Steigen und der Finanzminister glaubte auch, daß er mit der Emission der 400 Millionen Reales in Schachspielen, die am 28. Januar erfolgen sollte, gut fahren werde. (R. Z.)

**Madrid, 3. Februar.** (Tel.) Ein Manifest der republikanischen Minorität der Cortes, in welchem die Betheiligung an dem Wahlkampfe angerathen wird, ist heute hier veröffentlicht worden. Als zu erreichende Ziele werden hingestellt, Reform des Artikel 33 der Verfassung und Abseugung der Bourbon'schen Dynastie.

## Italien.

**Rom, 28. Januar.** Die italienischen Journale, welche der Konföderation ergeben sind, arbeiten für eine eventuelle, gegen Preußen gerichtete österreichisch-französisch-italienische Allianz. Daß es indessen nicht an Stimmen fehlt, welche ein Verändertes für die Gemeinsamkeit der deutschen und italienischen Interessen zeigen, erkennen wir aus den „Il Tempo“. Es schreibt:

„Man muthet uns in der That sonderbare Sachen zu. Preußen, das so lange es von der brutalen Invasiön der Franzosen bedroht war, für ein gebildete, gelehrte, lobenswürdige Nation galt, ist jetzt, nachdem es Sieger geblieben, plötzlich barbarisch und wild geworden; so behaupten wenigstens unsere Konföderier und Genossen. . . . Jedoch kennen Mexikaner, Chinesen, Araber und selbst Italiener, die in den letzten Jahren des vorigen und in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts ihre Städte verwüstet und ihre Auen ausgeraubt sahen, den Kriegszug der Franzosen nur zu genau, um sich über unsern Konföderier zu beschwerten, wie höchst Rom, ihr Römer, wißt am besten als Augenzeugen zu berichten, wie höchst Rom 1849 erobert wurde. Es ist wirklich auffallend, daß man verlangt, daß wir Italiener, von denen einzelne Provinzen noch jetzt unter dem französischen Joch seufzen, uns mit Preußen verbünden sollen, einzig und allein den beiden Mächten zum Gefallen, die uns bisher bedrückt haben. Was würde uns Preußen bieten, wenn wir einmal aus unserer Neutralität heraustreten, um aktiv an den Kriegen Theil zu nehmen? Sicher Nizza, Korsika, einen Punkt in der Ägäis oder Ägypten, unsere natürliche Grenze mit Triest und Istrien, kurz eine Stellung, die uns wirklich zu einer Macht ersten Ranges erhebe und in den Stand setze, unsere Mission vorzugsweise an den lateinischen Rassen zu erfüllen, die, so lange sie unter dem ausschließlichen Einflusse Frankreichs stehen, schwerlich je aus der scheinbaren Inferiorität heraustreten werden, die wir selbst mitunter Deutschland gegenüber und nicht schämen eingestehen. Ich denke mir die Aufgabe der Demokratie ganz anders. Wie man in Zeiten neuer Freiheit neue Männer braucht, so braucht Italien als neue erstehende Macht neue Allianzen, und nicht servile Verbindungen mit alten Regierungen, die uns seit Jahrhunderten geschädigt haben. Was die Journale der Konföderier betrifft, die mit ihren groben Späßen Preußen insultirten, so benehmen sich dieselben gerade wie die napoleonischen Organe kurz vor dem Kriege.“

## Großbritannien und Irland.

**London, 31. Jan.** Die auf heute anberaumte Sitzung der Pontus-Konferenz hat wegen der Unpäßlichkeit Lord Granvilles nicht stattgefunden. — Auf einem Meeting der Wähler von Birmingham wurde ein Brief John Brights verlesen, in welchem dieser sagt, er sei noch immer so weit von seinem gewöhnlichen Gesundheitszustande entfernt, daß er alle Arbeit und alle Aufregung vermeiden müsse, doch werde er hofentlich binnen wenigen Monaten wieder hergestellt sein. Sollten inzwischen seine Wähler der Ansicht sein, daß er ihrer Nachsicht zu viel zumuthe, so sei er durchaus bereit, seinen Parlamentssitz wieder zur Verfügung zu stellen. — Ueber die Ausweisung der kleinen deutschen Kolonie aus Saigon nunmehr einige Einzelheiten vor, denen zufolge der Brief eines jungen Mannes an seine Mutter den Anlaß zu dieser überstrengen Maßregel gegeben haben will. Dieser Brief, dessen Schreiber verhaftet und nach Frankreich geschickt wurde, um vor Gericht gestellt zu werden, soll Einzelheiten über Saigon und den Wunsch einer deutschen Annexion enthalten haben. Sogar Herr Fritsch, der Direktor des Comptoir d'Escompte, wurde ausgewiesen, und man ließ ihm nicht einmal Zeit, die Bücher für seinen Nachfolger zu ordnen. — Unter dem Vorflusse des Barons H. v. Schroeder hat die 25. Generalversammlung des Börsenvereins deutscher Hospitals stattgefunden. Während des Jahres 1870 wurden im Ganzen 1034 Patienten im Hospital versorgt, während in 14,184 weniger ernstlichen Fällen ärztlicher Rath und Medikamente umsonst gegeben wurden. Die freigebige Schenkung des Barons H. v. Diergardt im Betrage von 10,000 £. ist in der norddeutschen Anleihe angelegt worden. Die Einnahmen des Jahres (17,660 £.) und der Ueberschuß am Schlusse desselben (1871 £.) liefern, wie der Vorsitzende bemerkte, ein recht günstiges Resultat, wenn man die größten Opfer ins Auge faßt, welche die Deutschen in London sich durch den Krieg gegen Frankreich auferlegt hatten.

**London, 2. Februar.** Die „Times“ ist zu der Erklärung ermächtigt, daß der französische Agent in Dieppe die gelieferten Provisionen baar oder in zehntägigen Tratten bezahlt.

**London, 5. Februar.** (Tel.) Dem „Observer“ zufolge ist der Plan der Regierung für die Militärreorganisation viel umfassender, als man erwartet hatte.



## Vom Landtage.

## 21. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

**Berlin, 4. Februar.** Eröffnung um 11 Uhr. Am Ministertisch Graf Eulenburg, v. Mähler. Abg. Windthorst interpellirt die k. Staatsregierung: 1) ob in Rücksicht auf die veränderte Lage und namentlich auch in Rücksicht auf die bevorstehende Wahl zum ersten deutschen Reichstage Aussicht vorhanden, daß der annoch fortdauernde Kriegszustand in den Bezirken des 8., 11., 10., 9., 2. und 1. Armee-corps in nächster Zeit aufgehoben wird; eventuell 2) ob die k. Staatsregierung geneigt ist, auf die Aufhebung des gedachten Kriegszustandes hinzuwirken.

Zur Begründung der Interpellation, welche der Herr Minister des Innern sofort zu beantworten sich bereit erklärt, erhält das Wort der Abg. Windthorst, welcher die Aufhebung der Verordnung vom Juli v. J. verlangt, nachdem unsere Heere siegreich in die Forts von Paris eingelegt sind.

Der Minister des Innern: Es ist bekannt und schon an anderer Stelle eingehend auseinandergesetzt, daß die Erklärung des Kriegszustandes in gewissen Theilen Preußens durch die Bedürfnisse des Krieges hervorgerufen war und zu dem Bedürfnisse des Krieges allein gehört es auch, über die Nothwendigkeit der Fortdauer dieses Zustandes zu entscheiden. In dieser Beziehung ist also das preussische Staatsministerium außer Stande, selbst darüber zu entscheiden, wie lange der Kriegszustand dauern soll oder eine Erklärung dahin abzugeben, daß meine Bemühungen für Aufhebung dieses Zustandes von Erfolg sein werden. Allein die Regierung theilt den Wunsch und die Absicht des Interpellanten, daß die Wahlfreiheit durch die Maßregel des Kriegszustandes in keiner Weise benachtheiligt werde und daß keine Beeinträchtigung der Wahlfreiheit stattfinden werde, kann die Regierung zuzugewandten und sogar versichern. Uebrigens werden ja die Verhandlungen zur Kenntniss des Hauptquartiers gelangen, die Interpellation habe ich gestern bereits dorthin mitgetheilt, und glaube versichern zu können, daß alle diese Rücksichten auch im Hauptquartier Anhang finden und denselben, soweit Berücksichtigung wird gegeben werden, als es die Bedürfnisse des Krieges gestatten. (Zustimmung.)

Sodann wird die Spezialdiskussion über den Gesetzentwurf, die Aufsicht und die Verwaltung des hannoverschen Volksschulwesens betreffend, eröffnet.

§ 1 der Vorlage lautet: Die bisherige Zuständigkeit der Konviktorien in der Provinz Hannover, mit Einschluß des Ober-Kirchenraths in Nordhorn, in Volksschulachen geht, vom 1. April 1871 unter der Oberaufsicht unseres Ministers der geistlichen u. Angelegenheiten auf die Landdrosteien über. Den kirchlichen Organen verbleiben jedoch ihre Zuständigkeiten in Beziehung auf die Leitung des Religions-Unterrichts in den Volksschulen. — Bei denjenigen Schuldiensten, welche gleichzeitig mit einem Kirchenamte verbunden sind, verbleibt das Verwahrungs- oder Befähigungsrecht für das kirchliche Amt, sowie die Aufsicht und Disziplin über die Inhaber derselben in ihrer Eigenschaft als Kirchenbeamte den kirchlichen Behörden.

Die Kommission hat diesen § 1 dahin amendirt: Die bisherige Zuständigkeit der Konviktorien in der Provinz Hannover, mit Einschluß des Ober-Kirchenraths in Nordhorn, in Volksschulachen geht vom 1. April 1871 unter der Oberaufsicht unseres Ministers der geistlichen u. Angelegenheiten auf die Landdrosteien über. In Ansehung der Etheilung des Religionsunterrichts haben sich die Landdrosteien mit den zuständigen kirchlichen Obergkeiten in Einvernehmen zu setzen. — Bei denjenigen kirchlichen Beamten, welche gleichzeitig mit einer Schullehre verbunden sind, verbleibt das Verwahrungs- oder Befähigungsrecht, sowie die Aufsicht und Disziplin über die Inhaber derselben in ihrer Eigenschaft als Kirchenbeamte den kirchlichen Behörden.

Abg. Lauenstein endlich will § 1 so fassen: „Die bisherigen Zuständigkeiten der Konviktorien in der Provinz Hannover, mit Einschluß des Ober-Kirchenraths in Nordhorn, in Volksschulachen, sowie die nicht auf dem Schulpatronate beruhenden gleichartigen Zuständigkeiten der Bischöfe zu Hildesheim und Osnabrück oder ihrer General-Vikariate gehen vom 1. Juli 1871 unter der Oberaufsicht unseres Ministers der geistlichen u. Angelegenheiten auf die Landdrosteien über.“

Eine sehr kräftige Redezeit kommt zu Stande. Durch das Loos erhält zuerst das Wort der bischöfliche Kommissar des Ober-Kirchenraths und geistlicher Rath Abg. Dr. Behr (Esfurt) gegen die Vorlage von der er sagt, daß sie harmlos aussehe, aber die Einleitung zum Kampfe gegen die Kirche sei. Er sagt diese Behauptung namentlich durch die geistliche Rede Miquels zu erheben, den er bezeichnend Doktor Miquel nennt, um ihm ebenso oft diesen Titel beizulegen zu nehmen. Bei der letzten Korrektur dieser Art entschuldigt er sich unter kühnster Heiterkeit des Hauses mit den Worten: „Er spricht so schon der Herr!“ Die Empfehlung des Gesetzes seitens Miquels sei für ihn schon genügender Grund, es als ein Danaergeschenk abzuweisen, da es nur als Compensation auf dem Sturmlauf gegen alle Rechte der Kirche dienen soll, angeblich um den Staat gegen kirchliche Uebergriffe zu schützen, an welche die Katholiken nicht denken; denn die Wahrung eines guten Regels sei kein Uebergriff, wobei sich freilich die Katholiken den Inhalt und das Maß ihres Glaubens von Bismarck und Genossen, niemals vorschreiben lassen werden. Sie würden ihre Pflichten, welche sie kennen, mit Gott stets erfüllen, aber auch ebenso zu allen Seiten ihr Recht wahren. Es sei früher dem Kultusminister, als er von den Katholiken unterstützt wurde, zugerufen worden: „Gott bewahre uns vor unseren Freunden.“ Viel befremdender sei es jetzt, die bittersten Feinde des Ministers ihm sekundiren zu sehen. Vor solchen Freunden möge ihn Gott schützen!

Abg. Tschow: Man wundert sich, daß wir für die Vorlage eintreten und mit einem Male aus Feinden zu Freunden des Kultusministers werden. Das ist ein Skizum; es ist allgemein bekannt, daß wir gar keine Sympathien für die Verwaltung des Herrn v. Mähler haben, aber in diesem Falle unterstützen wir nicht ihn, sondern die Verfassung. Der Minister hat sich gegen das Amendement Lauenstein ausgesprochen. Aber wie sollen die Landdrosteien ihre Rechte gegenüber den Bischöfen wahren und durchführen, wenn sie nicht die geistliche Macht dazu in Händen haben? Dieses Mittel des Amendement Lauenstein, und ich glaube, daß man sich durch dessen Annahme durchaus nicht als Feind der Kirche hinstellt, vielmehr hoffe ich, daß die Kirche erst dann zu einer freien und ungehinderten Entfaltung ihrer Kräfte gelangen wird, wenn sie von allen ungerechtfertigten und ihr nicht gebührenden Befugnissen befreit sein wird. Ich empfehle Ihnen darum dringend, den § 1 der Vorlage mit dem Amendement Lauenstein anzunehmen.

Abg. Windthorst: Lust und Licht will man uns nach Hannover importiren; wir haben beides zur Genüge und wollen es am wenigsten von Ihnen. Gestern hat der Kultusminister und heute sein Sekundant Tschow betont, daß die altpreussischen Traditionen durchzuführen werden sollen. Gegen diese Traditionen habe ich nichts, aber auch wir haben unsere Traditionen und diese wollen wir auch respektirt wissen. Daß Preußen durch seine Traditionen groß geworden, leugne ich nicht, aber auch wir sind durch unsere Traditionen nicht klein geworden (Heiterkeit). Wenn man unsere Hilferufe jetzt überhört und unsere Petitionen unter den Tisch wirft, so werden wir uns vorläufig mit dem russischen Sprichwort trösten: Gott ist im Himmel und der Czar weit. — Der Abg. Miquel hat gestern eine große Waffe Staub aufgewirbelt mit Dingen, die nicht zur Sache gehören; ohne ihm zu folgen, bemerke ich nur, daß seine Darstellung des hannoverschen Verfassungskampfes unvollständig und unklar war. Ein Bild desselben werden wir erst haben können, wenn uns die Archive des auswärtigen Ministeriums in der Wilhelmstraße eröffnet und die Memoiren des Grafen Bismarck, der damals Gesandter in Frankfurt war, vorliegen werden. Stellt Miquel die Feindschaft gegen die Katholiken durchaus in Abrede, so erscheint mir das ebenso, als wenn mir jemand eine Ohrfeige giebt und mich dabei seiner Freundschaft versichert. Bis jetzt wenigstens hat er keine Gelegenheit vorübergehen lassen, seiner Abneigung gegen die katholischen Bischöfe Ausdruck zu geben. Daß in Hannover die protestantischen Schulen besser sind, als die katholischen, muß ich ihm durchaus befechten; sie sind beide gut. Daß der Kultusminister das Amendement Lauenstein abgelehnt wissen will, verdient immerhin Anerkennung, denn gegen das begründete Recht der Bischöfe darf nichts unternommen werden, bevor nicht Art. 12 der Verfassung durchgeführt ist. Vergleichen Sie doch auch die alten Provinzen mit Hannover. Ich kann mich nicht genug darüber wundern, den Abg. Rünzer unter den Anhängern der Vorlage zu finden. Ihn, als Breslauer Domherrn, ist doch wohl bekannt, daß der Breslauer Fürstbischof gegenüber der Schule ganz bedeutende und nicht geringere Rechte als der Bischof von Osnabrück hat, welche er sich gewiß nicht rauben lassen würde. Daß sich nun die Bischöfe auf Gnade und Ungnade dem Staate ergeben, dem können wir nicht zustimmen, und wir werden sicherlich nicht eher zur Ruhe kommen, als bis wir ein organisches Schulgesetz haben, damit wir endlich Alle wissen, welche Rechte und

welche Pflichten wir haben. Freilich, die Abg. Tschow und Wehrenpfennig bedürfen dessen nicht, denn wären sie Kultusminister, so würden sie uns jedes gesetzliche Recht wegrelementiren. — Wir aber müssen durchaus gegen das ganze Gesetz stimmen, weil wir die Rechte der evangelischen Kirchenbehörden ebenso wenig als die der katholischen Bischöfe verlegen lassen wollen. Werwerfen Sie daher das Amendement Lauenstein wie das ganze Gesetz und ersuchen Sie den Kultusminister, bis zur nächsten Session ein Unterrichts-gesetz auszuarbeiten!

Regierungskommissar Stiehl verteidigt die Regierung gegen die Angriffe auf das Provinzial-Schulkollegium in Hannover. Es sei nicht nur keine Klage wegen der Unterstellung der Seminarien unter das Kollegium gegen den Minister erhoben, sondern auch diese Einrichtung nach allen Richtungen hin als wohlthätig und zweckdienlich anerkannt worden.

Abg. Rünzer (für die Vorlage, gegen das Amendement Lauenstein): Da es sich um eine hannoversche Eigenthümlichkeit handelt, so stand in mir der Entschluß fest, die Redner aus Hannover als die am besten unterrichteten ruhig anzuhören und darnach meine Abstimmung zu richten. Nachdem aber dieser Vorlage so weitgehende Bedeutung gegeben wurde, daß in ihr eine Entwürdigung der Schule, eine Trennung derselben von der Kirche, eine Säkularisation des Kirchengutes soweit es sich auf die Schule bezieht, gesehen wurde, so sehe ich mich auch genöthigt, meine Stellung zu dieser Vorlage zu motiviren. Ich in meiner Stellung kann wohl niemals die Hand dazu bieten, die Schule zu entkirchlichen, oder von der Kirche zu trennen. Die Kirche kommt hier gar nicht in Betracht, denn einzelne Organe der Kirche sind noch nicht die Kirche. Ihr Recht und ihre Pflicht, den Religionsunterricht in den Schulen zu leiten und zu beaufsichtigen, ist auch von keiner Seite bestritten worden. Desgleichen hat Niemand die Behauptung entkräften können, daß die Vorlage dem Geist und Buchstaben der Verfassung entspricht, welche ich bechoren habe und halten will. (Bravo.) Der Abg. Windthorst ist einst in seinem katholischen Wahlkreis angegriffen und getadelt worden, weil er dem Verfassungsbruch in Hannover gegenüber Front machte. Wenn es damals ehrenvoll war, für die Verfassung einzutreten, wie kann man es dann und verargen, wenn wir hier die Verfassung aufrecht erhalten wollen? Und dem vorliegenden Gesetze kann ich mit gutem Gewissen zustimmen. Gegen das Amendement Lauenstein aber werde ich stimmen, weil ich die Evangelischen in ihrem Rechte nicht beeinträchtigen will. Das Lauensteinsche Amendement geht in die innere Materie ein, welche ich dem Unterrichts-gesetz vorbehalten wissen will. Für das Gesetz bestimme ich noch andere Gründe. Durch die Vorlage wird nur beabsichtigt, die Oberaufsicht des Staates über die Schule in Zwischenstationen von einem Konviktorium auf die Landdrosteien zu übertragen. Diese Konviktorien sind ausdrücklich als königliche Konviktorien bezeichnet und es hat dem Niemand widersprochen. Bei den evangelischen Konviktorien soll der Charakter ein gemischter sein, ein staatlicher und kirchlicher, dagegen wird vom katholischen Konviktorium gesagt, daß ein königliches sei, obgleich die Mitglieder desselben katholische Geistliche sein sollen. Man hat mir die Eigenthümlichkeit in anderen Dingen vorgehalten. In Breslau haben wir allerdings noch gewisse Gerichte, die aus älterer Zeit datiren. So hat der Bischof in unserer großen Diözese, in welcher vielfach die Schullehrer den Religions-Unterricht erteilen müssen, das Recht, dem Lehrer das Anstellungsdekret zu geben, aber nicht das Recht, einen solchen Lehrer abzugeben, welches letztere sich die Regierung vorbehalten hat. Dagegen steht die Leitung und Verwaltung auch der katholischen Schulen bei uns unter der Regierung. Dieser Institution verbleiben wir in Schlesien unendlich viel für unsere katholischen Schulen. Wenn nicht der Staat mit so ungeheurer Macht das Volksschulwesen in die Hand genommen hätte, dann hätten wir in Preußen jetzt noch die Zustände wie in Italien, Spanien und Frankreich. Unsere katholischen Schulen aber stehen hinter keiner evangelischen zurück, weil ein und dieselbe Leitung in der Hand einer wohlwollenden Regierung liegt. Wir haben nur noch besondere Rechte über die sogenannten Hülfslehrer, doch würden wir uns nicht allzu sehr sträuben, wenn man uns diese Kleinigkeit auch abnimmt. Wenn die Kirche ihre Aufgabe erfüllen und ihre Lehre, die sie für Wahrheit hält, überall kräftig verkündigen will, dann bleibt ihr nicht die Zeit übrig, um sich in diese Angelegenheit besonders einzulassen. Wenn man sagt, die Vorlage entkirchliche unsere Schulen, wie ist es dann möglich, daß wir dazu schweigen könnten, da wir in fast sämtlichen Provinzen Preußens bereits diese durch die Vorlage für Hannover erst zu schaffenden Zustände haben. Nein, unsere Schulen sind niemals entkirchlicht, oder was dasselbe ist, entkirchlicht worden. Das auch nur zu denken, sträubt sich mein ganzes Innere und ohne Grund immer nur Widerstand zu predigen, das kann ein Katholik nicht ertragen. Wenn die Staatsregierung jemals beabsichtigt, die Kirche — die für mich das Christenthum, die Religion ist, — aus der Schule auszuweisen, dann würde ich es auf das Tiefste beklagen. Aber das deutsche Volk ist so tief religiös, das ganz Deutschland eher in Flammen aufgehen würde, als daß es möglich wäre, den christlichen Geist aus der Bevölkerung Deutschlands zu reißen. (Lauter Beifall.) In diesem Geiste wird auch das evangelische Volk für den christlichen Charakter seiner Schulen eintreten. Deutschlands Interesse liegt aber nicht darin, daß wir in religiöser Hader gerathen. (Beifall.) Darum werde ich fremd mein Ja zu § 1 und dem ganzen Gesetz sagen. Die Kirche ist in ihrer Lehre frei und darin durch dieses Gesetz in keiner Weise gefährdet. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Richter (Sangerhausen) erklärt sich für die ursprüngliche Vorlage der Regierung, weil darin die Einheit der Schulaufsicht besser gewahrt sei, als von der Kommission. Der Grundsatz, daß die Aufsicht über das Schulwesen Sache des Staates sei, stehe in Preußen so fest, daß es überflüssig sei, ihn zu verteidigen. Wenn sich Windthorst auf die Verheißung Sr. Majestät berufen hat, daß die Eigenthümlichkeiten Hannovers geschont werden sollen, so habe der König damit doch nicht gemeint, daß die Verfassung in Hannover nicht eingeführt werden solle. Diese Verheißung beziehe sich auf ganz andere Dinge. Den Abg. Behr müsse er bitten, verfassungsmäßige Rechte nicht aus der Phantasie zu erheben; sondern sich an den Wortlaut und Sinn der Verfassung zu halten. Redner will für die Vorlage stimmen, auch wenn das Amendement Lauenstein fallen sollte. Was die Frage der Kirche betrifft, so wisse er sehr wohl, daß viele Mitglieder hier eine schwere Stellung haben, da ihr höchstes Verhängnis den hier in Frage kommenden Grundsatz der preussischen Verfassung verdammt habe. Ihre Verfassungskonsequenz sei daher um so mehr anzuerkennen. Wenn aber die Drohung geäußert worden sei, daß lutherische Geistliche ihre Mitwirkung zu diesem Gesetze verweigern würden, so glaube er nicht, daß dieselben den lutherischen Grundsatz ganz vergeren hätten, nach welchem sie der Obrigkeit unterthan sein sollen. Sie sind Diener des Volkes und werden dieser Pflicht wohl auch nachkommen.

Abg. Lauenstein verteidigt sein Amendement, welches, nicht wie der Kultusminister meine, die Vorlage wesentlich alterire. Wenn Rünzer nur dem Amendement allein nicht zustimmen wolle, so bringe er das Prinzip der Gerechtigkeit in Betreff der katol. Schulen in Hannover nicht zur Anwendung, da bei den katholischen Schulen die Aufsicht auch von den Bischöfen und Generalvikaren ausgeübt werde. Im Sinne des § 23 liege es aber, diese konkurrierende Aufsicht der Bischöfe zu beseitigen, und das gelte für Hannover umso mehr, als dort schon mehrfach die Grenzen zwischen der Kompetenz der Konviktorien und Bischöfe durchaus zweifelhaft geworden seien. Der zweite Theil seines Antrages endlich bezwecke nur den zweiten Satz des § 1 der Regierungsvorlage wieder herzustellen und sei bestimmt, den kirchlichen Organen den nöthigen Einfluß auf den Religionsunterricht zu sichern. Möge daher auch dieser zweite Theil, der wesentlich nur redaktioneller Natur sei, angenommen werden.

Abg. Brühl bleibt dabei, die Vorlage und das Amendement Lauenstein für unannehmbar zu halten. Schließlich weise ich den Vorwurf verflüchtiger Drohungen, welche in meiner gestrigen Rede enthalten sein sollen, zurück; ich kenne wohl das Bibelwort, welches bespricht, daß der Christ der dargerichteten Obrigkeit gehorham sein soll, wenn mit auch die Ehrfurcht vor dem Wort Gottes höher steht.

Damit schließt die Spezialdiskussion; nach wenigen Worten des Referenten Röscher konstatirt der Präsident, daß in der Vorlage Ratt 1. April 1871, 1. Juli 1871 zu setzen sei. Darauf wird das Amendement Lauenstein in seinem ersten Abfasse abgelehnt (dagegen Konserervative, Freikonservative bis auf wenige Ausnahmen, Polen und Katholiken); der erste Satz des ersten Abschnittes von § 1 wird nach dem Vorschlage der Kommission, der zweite in der Fassung der Regierungsvorlage, Alinea 2 des § 1 in der Fassung der Kommission angenommen.

§ 1 wird nunmehr den obigen Abtheilungen gemäß im Ganzen in namentlicher Abstimmung mit 228 gegen 117 Stimmen (der Konservativ und Katholiken) angenommen. Die Vorlage der Regierung ist also im Wesentlichen wiederhergestellt, nur der Einführungs-termin ist

vom 1. April auf den 1. Juli 1871 verlegt und Alinea 2 mit der rein formellen Redaktionsänderung der Kommission, gegen die die Regierung nichts einzuwenden hat, genehmigt worden.

Den § 2 der Vorlage: das Provinzial-Schulkollegium für die Provinz Hannover nimmt in der Verwaltung und Beaufsichtigung des Volksschulwesens den Landdrosteien gegenüber dieselbe Stellung ein, wie diese durch Instruktion vom 23. Oktober 1817 und die Kabinetts-Ordre vom 31. Dezember 1825 den Konviktorien und demnach den Provinzial-Schulkollegien den Regierungen gegenüber zugewiesen ist — hat die Kommission gänzlich zu streichen beschlossen.

Abg. v. Wallendrodt wünscht von der Regierung zu wissen, ob sie in Zukunft bei jeder der sechs Landdrosteien je zwei Schulräthe, einen evangelischen und einen katholischen, anzustellen entschlossen sei, oder ob sie nach dem wenig nachahmenswerthen Beispiel in den altpreussischen Provinzen evangelische Schulräthe von einem katholischen Schulrathe und umgekehrt beabsichtigen lassen wolle. Reg.-Komm. Stiehl kann vorläufig die Frage nicht beantworten. Der Barograph wird darauf abgelehnt.

Als § 2 des Gesetzes beantragt Abg. Lauenstein folgenden Passus einzufügen: „Die hannoversche Verordnung vom 19. Mai 1859, betreffend die königl. Oberaufsicht über die zu den Volksschulen oder Volksschulhäusern nicht gehörenden Schulen, wird dahin abgeändert, daß vom 1. Juli 1871 die Landdrosteien an die Stelle der Konviktorien treten, nachgeordnet jedoch auch hier den kirchlichen Organen und Behörden nach dem Sinne des § 1 des Gesetzes, sowie der dem Provinzial-Schulkollegium nach Maßgabe der Verordnung vom 22. September 1867 verbleibenden Zuständigkeiten.“

Abg. Lauenstein sieht seitens der Regierung kein Hinderniß, seinem Antrage zuzustimmen, der nur eine Lücke auszufüllen bestimmt sei und in keiner Weise dem Geiste des Gesetzes widerspreche, womit Reg.-Kommissar Stiehl sein Einverständnis erklärt. § 2 und 3 (nämlich § 3 und 4) der Vorlage der Kommission, welche lauten: § 2. Für die geistliche Beaufsichtigung der Volksschulen sind die allgemeinen, über den Geschäftsbetrieb bei diesen Behörden bestehenden Vorschriften maßgebend. Den behufs Bearbeitung der Volksschulachen in die Landdrosteien eintretenden schulpflichtigen Mitgliedern gebührt innerhalb dieses Geschäftsbereiches ein volles Votum. § 3. Mit der Ausführung dieses Gesetzes werden unsere Minister der geistlichen u. Angelegenheiten und des Innern beauftragt; — werden ohne Debatte angenommen, nachdem auf Antrag Lauensteins das Wort „Volksschulachen“ durch „Schulachen“ ersetzt ist.

Die eintretende Uebertrift des Gesetzes wird demnach in der Fassung Lauensteins: Gesetzentwurf, betreffend die Uebertragung der Verwaltung und Beaufsichtigung des Schulwesens in der Provinz Hannover von den kirchlichen Behörden auf die Landdrosteien, angenommen. Gegen 3 Uhr verläßt sich das Haus bis Montag Mittag 11 Uhr, nachdem am Schlusse der Sitzung ein Antrag der Abgg. Hagin, Hanel und Kloy (Esfurt), betr. die Beschließung von Militärpersonen. Einziger Artikel: Ehen, welche von Militärpersonen in Veranlassung des gegenwärtigen Krieges ohne vorherige königl. Genehmigung beziehungsweise ohne Genehmigung des vorgelegten Kommandeurs geschlossen und aus diesem Grunde nichtig sind, sollen, wenn diese Genehmigung nachträglich erfolgt, als von Anfang an gültig angesehen werden) eingebracht und an die Justizkommission verwiesen ist. Auf der A.-D. am Montag steht nur das heftige Kirchengesetz.

## Parlamentarische Nachrichten.

**Potsdam, 4. Febr.** In der heutigen Nachwahl zum Abgeordnetenhause wurde der Polizeipräsident Engelken mit 101 Stimmen gewählt.

## Lokales und Provinzielles.

## Posen, 6. Februar.

— Sonntag Nachmittag nach 4 Uhr wurde gemäß der von Versailles eingetroffenen kaiserlichen Anordnung von den Wällen unserer Festung Viktoria geschossen. Auch waren die königlichen Gebäude mit preussischen Fahnen geschmückt.

— Der Major und Bataillons-Kommandeur im 6. Regiment, Major Heugel, ist am 29. Januar im Lazareth zu Versailles in Folge einer Lungenentzündung verstorben. Derselbe war bei Wörth verwundet worden, aber bereits geheilt zum Regiment zurückgekehrt.

— Der streng klerikal gefinnte posener Korrespondent des „Czas“ spricht sich noch heftiger gegen die Kandidatur des Schriftstellers J. S. Krajewski zum Reichstage aus, als der „Tygodnik kat.“ Er bringt die Aufstellung dieser sowie der Kandidatur des ebenfalls als politischer Emigrant in Dresden lebenden Schriftstellers Karl Boromäus Hofmann in Verbindung mit der unlängst erfolgten Berufung des politischen Emigranten Dobrowolski zum Chefredakteur des „Dziennik pogn.“ und erblickt in beiden Thatsachen ein Manöver der liberalen oder, wie er sie nennt, der revolutionären Partei, das dahin abziele, die Leitung der polnisch-nationalen Angelegenheiten in der Provinz Posen ausschließlich Emigranten von 1863 in die Hand zu geben. Er schreibt:

„Der „Dziennik pogn.“ machte unlängst unserer antirevolutionären (klerikal) Partei den höhnischen Vorwurf, daß sie weder ausgezeichnete Schriftsteller noch Volksmänner hervorzubringen vermöge, er und welches testimonium paupertatis stellt sich selbst und einem unruhigen Anhang aus. Er bruchst zu seinem Redakteur einen Publizisten aus weiter Ferne und stellt als Kandidaten für den deutschen Reichstag als sächsischer Bürger mastierte Polin auf. Fast unsere ganze Journalistik befindet sich bereits in den Händen von Emigranten der letzten Katastrophe. Wir haben nichts dagegen, daß Emigranten sich unter uns niederlassen und, durch Thätigkeit und Verdienst sich allmählich Einfluß bei uns zu verschaffen suchen; aber daß wir sie gleich ohne Weiteres als Führer annehmen und Alles in ihre Hände geben sollen, das ist denn auch zu viel verlangt und eine so hochmüthige Prästention verlegt sogar unsere Ehre.“

In Bezug auf die Kandidatur des Hrn. Krajewski läßt der Korrespondent sich weiter also aus:

„Hr. Krajewski, der im russischen Antheil geboren ist, konnte wohl durch seine bloße Erziehung in einem russischen oder polnisch-russischen Reichstage gegen russische Eroberungssucht und russische Gewaltthatigkeiten protestiren; aber wie kam er dazu, einen solchen Protest im preussischen Antheil zu erheben, da er doch in demselben nicht geboren ist? Niemand hat ihn gezwungen, sich als Deutscher naturalisiren zu lassen, so wie man das mit uns gethan hat, die wir von Geburt an das Joch des deutschen Bürgerthums tragen müssen. Welche Antwort würde Hr. Krajewski geben, wenn ein Deutscher ihn also anredete: „Sie fordern die Rechte ihrer Landsleute zurück, sie protestiren, daß sie nicht zum deutschen Reich gehören wollen und doch haben Sie sich seit so vielen Jahren, alle Mühe gegeben, um die Naturalisation als deutscher Bürger zu erlangen.“ Schon die bloße Anomalie und Unlogik einer solchen Lage, die nicht durch Zwang aufgedrungen, sondern freiwillig akzeptirt ist, macht alle Argumente zu Schanden, die man zur Unterstützung der Krajewskischen Kandidatur angeführt hat.“

— Im hiesigen Garnison-lazareth hatte einige Zeit ein Unteroffizier gelegen, welcher das eiserne Kreuz erhalten hatte. Als er nun seinen Befehl, an welchem das Kreuz befestigt gewesen war, zurückgelassen hatte, stellte sich heraus, daß dasselbe abgerissen und nicht mehr vorhanden war. Man hatte sofort einen Soldaten, welcher sich gleichfalls im Lazareth befand, im Verdachte, zwar kugelte derselbe anfangs vor den übrigen Soldaten, gestand aber nachher einem Freunde unter vier Augen, er habe das Kreuz abgerissen und habe es bei sich. Er hängte es auf dem Freunde des Kreuzes ein, damit er dasselbe dem Unteroffizier zurückstelle. Dieser beschloß, die Sache zwar nicht zur Anzeige zu bringen, jedoch dem Entwerder des Kreuzes, einen wohlverdienten „Rüffel“ zu erteilen. Doch war der Soldat sparsam verschwunden, und stellte sich endlich nach langem Suchen heraus, daß er sich auf der Latrine, thils aus Gewissensbissen, thils aus Furcht vor dem Rüffel erhängt hatte. Doch gelang es, nachdem man den Strid durchschnitten hatte, ihn wieder ins Leben zurückzuführen. Falls nicht Mißverständnisse angenommen werden, trifft ihn nun eine zweifache Strafe.



St. Martin 10  
gibt es Kohlen zu 30, 20, 10  
und 5 Tonnen, auch im Detail.



Wir empfehlen hiermit zur Frühjahrsbestellung billigt:  
**Superphosphate I. Qualität,**  
**Diesendünger u. Knochenmehl ab Freiberg,**  
**Kali- und Magnesia-Salze**  
 ab Stassfurt,  
 unter Garantie des Gehalts  
 und bitten vorkommende Aufträge an unseren Vertreter in Schlesien und Posen, Herrn  
**Felix Lober, Breslau, Klosterstraße 83,**  
 zu adressiren.  
**Galle & Comp.,**  
**Muldenhütten bei Freiberg in Sachsen.**

**Riesen-Runkel-Rüben-Samen**  
 gelber Pölscher Gattung verkauft den Schf.  
 mit 5 Egr. und die Meze mit 10 Egr.  
**Carl Heinze,**  
 Gutsbes. in Mecko.

Ein eleganter brauner Hengst,  
 7 Jahre alt, steht zum Verkauf  
 im Hotel du Nord in Posen. Das  
 Näh. darüber daselbst beim Wirth.

Ein vollständig zugerittener, eleganter dunkel-  
 brauner Wallach — Trakehner Halbblut — 5  
 Jahre alt, steht zum Verkauf. Näheres bei  
 A. Matzke, St. Martin 67 zu erfragen.

**Auktion.**  
**30 Arbeitsochsen**  
 werden, auf dem Dom. Brzoza  
 bei Buk an den Meistbietenden  
 gegen baare Bezahlung  
**am 8. Februar,**  
 b. Vormittags 9 Uhr ab, verkauft.

In Stempuchowo p. Janowice  
 stehen 17 Stück fettes Rindvieh  
 zum Verkauf.

Am 18. Februar d. J.,  
 Mittags 1 Uhr,  
**Auktion**  
 über 40 junge  
**Merino-Kammwoll-Böde.**  
 Koziagóra bei Rakel.  
**C. Wegner.**

**Auktion**  
 über 40 junge  
**Merino-Kammwoll-Böde.**  
 Koziagóra bei Rakel.  
**C. Wegner.**

**Dominium Radojewo b. Posen**  
 hat 500 Stück Masthammel  
 zum Verkauf.

**Schwedische Jagd-  
 Stiefel-Schmiere.**  
 aus der Fabrik von C. G. Hanke,  
 Witten.

Bei regelmäßigem Gebrauch dieser rei-  
 nen fetten Lederfärbung wird jedes Lederne  
 Schuhwerk, Reitzeug, Spritzenschläuche,  
 Wagenverbeds und Geschirre vollkommen  
 wasserfest und jahrelang vor Bruch ge-  
 schützt.  
 in Posen bei Hrn. K. Brach.  
 in Breslau bei Hrn. Hermann Zabinski  
 in Posen bei Hrn. C. Zakobielski.  
 in Posen bei den Hrn. Glitzel & Sohn.

Ein tafelförmiges Pianoforte ist zu ver-  
 kaufen Schuhmacherstraße 11 (Neue Posthalterei,  
 Eingang von der Leichgasse) 2 Trepp. Sprich-  
 stunde 12—1.

**Krähe,**  
 in 3—4 Tagen sicher geheilt. Mittel ange-  
 nehm anwendbar, a Portion 20 Egr.

**Schwabenpulver,**  
 einziges sicheres Mittel zur Vertilgung die-  
 ses Ungeziefers in Küchen etc., a Portion  
 20 Egr.

**Hauck'sche Einreibung,**  
 ganz vorzüglich gegen Rheumatismus, selbst in  
 veralteten Fällen, a Portion 10 Egr.

**Bierpastillen,**  
 vorzügliches Mittel gegen die üblen Folgen  
 zu reichlichen Biergenusses und Verdauungsbe-  
 schwerden, a Schachtel 20 Egr. und 1 Egr.  
 Obige Mittel sind gegen Einlieferung des  
 Betrages zu beziehen aus der Apotheke zu  
 Friedland in der Niederlausitz.

**D. Hassenstein,**  
 Apotheker.

**Trostbalsam**  
 von Dr. Overman, a Flacon 5 Egr.  
 Glaser's Apotheke.

**Guter Appetit**  
 erfolgt sofort nach Gebrauch der berühmten  
 Dr. Reisch'schen

**Wagen-Stärkung,**  
 in Fl. a 10 Egr.  
**Wiederverkäufer Rabatt.**  
 General-Depot für Deutschland bei  
**Härtter & Frauke,**  
 Breslau, Weidenstraße Nr. 2.

**Gegen Magenkrampf,**  
 sicheres Mittel, ärztlich begutachtet,  
**Urbans Ingverextract**  
 1/4 Fl. 20 Egr., 1/2 Fl. 10 Egr. zu haben  
 bei **Ed. Feckert jun.** in Posen.

Einen Transport große Sp.äffeln em-  
 pfing per Elbgut und empfiehlt der Pommer-  
 sche Eaden.

**Eduard Roppich,**  
 Capichplatz Nr. 7.

**Frischen Fleischschnitt,**  
 Lungen u. Zauersche Würstchen offerirt  
**Samuel Neufeld.**

**Sichere Hilfe!**  
 gegen die Verschleimungen des Halses,  
 der Luftröhre und Brustorgane, sowie ihre  
 Folgezustände, wie Husten, Heiserkeit, Ra-  
 tarrh des Kehlkopfes, Magens, Drüsen-  
 leiden, Schleimauswurf, Brustschmerzen  
 und Herzerleiden, sowie Bluthusten durch  
 ein bewährtes natürliches Heilverfahren  
 meiner vegetabilischen Nahrung, Cäfte- und  
 Blutreinigungsmittel. Brochüre nebst Em-  
 pfehlungen gratis bei

**Otto Wüllé, Breslau,**  
 Alte Junkernstraße 25.

Geehrter Herr! Hiermit erlaube ich Sie  
 freundlichst, mir wiederum eine Sendung  
 Ihres vorzüglichen Pulvers nebst Weines  
 zu schicken. Beides hat meiner Nichte  
 die vorzüglichsten Dienste geleistet so daß  
 in ihrem Zustande eine wesentliche Bes-  
 serung eingetreten ist, und ich die feste  
 Hoffnung auf Ihre gänzliche Heilung lege.  
**Mannheim.**  
**Marie Hauser.**

**Annoncen jeder Art werden**  
 von unterzeichnetem Bevoll-  
 mächtigten in alle Zeitungen al-  
 ler Länder zu Original-Preisen prompt  
 besorgt. Bei grösseren Aufträgen mit  
 üblichem Rabatt. Ueber jedes Inserat  
 wird der Beleg geliefert.  
**H. Engler's Annoncenbureau**  
 in Leipzig.

**Neueste Moden**  
**Illustrirtes Journal**  
 für Toilette und weibliche Arbeiten.  
**Preis vierteljährlich nur 5 Sgr.**  
 Januar- und Februar-Nummern bereits erschienen.  
 Ganz neu sind die dieser Modezeitung eigenen  
**Farbigen Schnittmuster.**  
 Diese Schnittmuster übertreffen alles bisher in diesem Fache Dagewesene  
 an Deutlichkeit und leichter Verwendbarkeit.  
**Alle Hausfrauen**  
 seien hiernit zu einem Versuche für  
**5 Sgr.**  
 freundlichst eingeladen. Alle Buchhandlungen nehmen Bestellungen an.  
 Die Verlagshandlung von A. S. Payne in Leipzig.

**Ziemianin,**  
 (Der Landmann)  
 Landwirtschaftliches Wochenblatt in polnischer  
 Sprache, erscheint jeden Sonnabend in Posen.  
 Hat Eingang gefunden nach Königreich Polen,  
 Russland u. Galizien. Preis vierteljährlich 1 Egr.  
 bei allen Postämtern des In- und Auslandes.  
**Inserationsgebühren,** für eine dreispaltige  
 Petitzeile incl. Uebersetzung aus dem Deutschen  
 ins Polnische 1 1/2 Egr. **Inseraten-An-  
 nahme in der Buchhandlung J. N.  
 Kamleński Posen, Neust. 5.**

**In Polizeisachen**  
 werden die meisten Uebertretungen aus Unkennt-  
 nitz der gesetzlichen Bestimmungen begangen und  
 wer sich daher vor Strafe schützen will, dem  
 ist das im Verlage von J. H. Weber in Leipzig  
 erschienene Werk: **Die Uebertretun-  
 gen im Norddeutschen Bunde und im  
 Königreich Preußen,** zusammengestellt  
 von Dr. Rath Nothe. Preis 1 1/2 Egr.,  
 angelegentlich empfohlen. Das beigelegte Sach-  
 register giebt dem Werke einen praktischen Werth  
 und macht es nicht allein für Juristen und  
 Rechtspraktiker, sondern auch für jeden Ge-  
 schäftsmann zu einem wichtigen und unentbehr-  
 lichen Nachschlagebuche.

**Lotterie-Loose:** 1/4 9 Egr. (Original).  
 1/2 4 Egr., 1/2 2 Egr., 1/2 1 Egr. verl.  
**L. G. Ozanski, Berlin, Jannowibridge 2.**  
 Eine herrschaftliche Wohnung in I. Etage  
 und eine daz. III. Etage sind St. Martin 31  
 zu vermieten. Näheres Berlinerstraße 12.  
 Thorstr. 4 1 möbl. 3. z. verm. 1 Tr. rechts.  
**Breite Str. 1** eine freundliche kleine Woh-  
 nung wegen Verlegung zu vermieten.  
 Berlinerstraße 28 ist die Parterrewohnung  
 von 4 Zimmern und Küche vom 1. April zu  
 vermieten. Zu erfragen Breitestraße 19.

Im ehemaligen  
**Gymnasial-Gebäude,**  
 gegenüber der Pfarrkirche, ist vom  
 1. Jan. 1871 ab die erste Etage  
 im Ganzen oder theilweise zu ver-  
 mieten.  
 Näheres zu erfahren bei  
**A. Kunkel junior,**  
 Wasserstraße 31.

Eine herrschaftliche Wohnung von 4 Zimmern,  
 Küche, Mädchenkammer, Wasserleitung vom  
 1. April cr. ab zu vermieten.  
**S. Reinstein, St. Martin 30.**

Eine deutsche renommierte Wein-Firma  
 in Bordeaux mit assortirtem Lager in Ber-  
 lin sucht solide Agenten gegen gute  
 Provision. Gefl. Offerten mit Angabe der  
 Referenzen nimmt die **Annoncen-Expedi-  
 tion von Gassenfeld & Vogler** in  
 Berlin sub A. N. 184. entgegen.

**Ein Förster,**  
 der Kulturkenntnisse besitzt und einen beim Re-  
 vier befähigten Forstfisch mit in Aussicht zu  
 nehmen, sowie die dabei vorkommenden Arbei-  
 ten zu kontrolliren hat, wird zum 1. April d. J.  
 gesucht auf dem Dom. Golzcin bei Posen.

Eine gebildete Dame (Jr.) mus. findet  
 als **Gesellschafterin** einer jungen Dame  
 ebenso angenehme als günstige Stellung in  
 Breslau selbst, durch Frau Herzig, Breslau  
 Bischofsstraße 16.

Für eine Dampfmaschinenmühle werden ein  
**Oberschneidmüller**  
**Schneidmüllergesellen**  
 und zwei  
 zum sofortigen Antritt gesucht. Nähere Aus-  
 kunft Wälschstr. 20 bei Hrn. **Herrmann  
 Lubzyski.**

Es wird zum sofortigen Antritt oder zum  
 1. April ein

**Hofökonom**  
 gesucht. Gehalt nach Uebereinkommen und  
 freie Wäsche. Nähere Auskunft ertheilt die  
 Expedition der Pos. Ztg.

**Ein verheiratheter Brenner,**  
 mit guten Zeugnissen versehen, wünscht zum  
 1. Juli oder früher eine Stell. Adressen sind  
 unter S. N. Nr. 145 in der Expedition dieser  
 Zeitung abzugeben.

Ein der **polnischen Sprache** in  
**Schrift und Umgang vollstän-  
 dig mächtiger Kaufmann,** der im Fa-  
 brikbetrieb und wenn möglich einigermaßen

mit dem **Holzgeschäft** bekannt ist, kann  
 eine feste Stellung auf dem Lande erhalten.  
 Bewerber mit nur guten Zeugnissen über bis-  
 herige Leistungen, die im Stande sind eine  
 Caution zu stellen, wollen unter ausführlicher  
 Darlegung ihrer Lage und Verhältnisse An-  
 träge an den **Banquier L. Eichhorn,  
 Berlin Wilhelmstr. 55** baldigst abgeben.

Einen deutschen, beider Landessprachen mäch-  
 tigen

**Hofbeamten**  
 sucht bei gutem Gehalte zum 1. April d. J.  
 das Dom. Luboz bei Pinn. Persönliche Mel-  
 dung erwünscht.

**Zur Führung der Wirthschaft**  
 auf einem größeren Gute oder Güter-  
 complex sucht ein in allen Branchen der  
 Landwirtschaft erfahrener, verheiratheter Mann  
 möglichst selbständige Stellung. Kenntniz der  
 polnischen Sprache vorhanden. Beste Empfeh-  
 lungen stehen zur Seite. Gfl. Offerten sub  
 N. 4229 befördert die Annoncen-Expedition  
 von Rudolf Mosse in Berlin.

**Ein cand. phil., mus.,**  
 welcher bereits mehrere Jahre mit bestem Er-  
 folge unterrichtet und unter Anderen zwei Knaben  
 von 11 und 12 Jahren für die Tertia und  
 einen von 9 Jahren für die Quarta des Gym-  
 nasiums vorbereitet hat, sucht eine Stelle als  
 Hauslehrer.  
 Portofr. Nr. A. B. post. rest. Grün-  
 berg in Schlesien.

Ein erfahrener Rudirer Lehrer (musikalisch)  
 sucht eine Hauslehrstelle. Offerten unter N.  
 Z. restante poste Priment fr.

Ein mit den besten Zeugnissen und  
 Empfehlungen versehen, in allen  
 Branchen der Landwirtschaft erfah-  
 rener, gegenw. noch **unverheiratheter**  
 Landwirth, der deutschen und  
 polnischen Sprache und Schrift mäch-  
 tig, 22 Jahre beim Bach, sucht in  
 der Absicht sich zu verheirathen, als

**verheiratheter Ober-Inspicor,**  
 resp. Administrator vom 1. Juli c.  
 eine Stellung.  
 Gef. Offerten sub P. P. 22.  
 in der Exp. d. Zeitung abzugeben.

Ein anständiges, gebildetes, allein stehendes  
 Mädchen wünscht Stellung zur selbstständigen  
 Führung eines Haushalts oder zur Stütze der  
 Hausfrau. Eintritt bald oder 2. April cr.  
 Hohes Gehalt nicht beanprucht. Gefällige  
 Offerten erbitet man unter der Adresse: Hrn.  
 Bürgermeist. **Stephany zu Rostrzyn, Pro-  
 v. Posen.**

Eine **Gouvernante** (Israelitin) sucht Stel-  
 lung. Off. A. Z. A. Breslau poste rest.

Ein junger Mann (mosaisch) der das  
**Eisen-, Kohlen- & Kalk-Geschäft**  
 erlernt, beider Landessprachen mächtig,  
 sucht per 1. April anderweitiges Engage-  
 ment. Gef. Offerten unter Chiffre S. H.  
 poste restante Rosen.

Ein junger Mann, Israelit, mit der Buch-  
 haltereit vertraut, seit 5 Jahren in einer Ga-  
 lanterie, Kurz- und Porzellanwaaren-Handlung  
 thätig, sucht zum 1. April anderweitig Stel-  
 lung. 50. R. J. poste restante Gnesen.

**Ein tüchtiger Buchhalter**  
 wünscht täglich 2—3 Stunden anderweitig  
 Bücher zu führen. Gefällige Offerten sub  
 A. R. 99 in der Exped. d. Bl.

**Ein Materialist** mit guten Zeug-  
 nissen versehen, sucht Stellung.  
 Gefällige Offerten werden gebeten an  
 R. B. 65. poste restante Samter  
 zu richten.

Ein Haushälter sucht ein baldiges Un-  
 terkommen. Näheres Graben 31. 2 Tr.

**Ein Wittwer**  
 mit drei Kindern, welcher ein selbständiges  
 angenehmes Geschäft besitzt, wünscht ein häus-  
 liches Mädchen mit etwas Vermögen zu hei-  
 raten. Poste rest. F. 444. Pleschen.

Ein fuchsfarbiger, glatter eng-  
 lischer Jagdhund, ein Halsband  
 mit Stacheln tragend, auf den  
 Namen Pluton hörend, ist ver-  
 loren gegangen. Wiederbringer  
 erhält eine angemessene Belohnung von

**Roch Nowicki**  
 in Ujad.

**5 Thlr. Belohnung.**  
 Ein Fellsack von Rörzen mit brauner  
 Seide gefüttert, ist Sonnabend Abend, Ball-  
 schenke verloren gegangen. Der ehrliche  
 Finder erhält obige Belohnung Ballische 6.  
 beim Brauer G. Weiß. Für den Anlauf  
 wird gewarnt.

Ein mir vom Rittergutsbesitzer Hrn. Hermann  
 v. Oppen, a. 3. auf Brody bei Rußland  
 6 P., im October 1869 gegebener **Schuld-  
 schein** über 280 Thlr. 19 Sgr. 3 Pf. ist  
 mir verloren gegangen. Hiermit erkläre ich  
 denselben für ungültig und warne vor Anlauf.  
 Politz bei Meseritz, 4. Febr. 1871.

**Benno Fendler, Zimmermeister.**

□ M. 8. II. A. 7. J. I. □

**Familien-Nachrichten.**  
 Am 19. Januar c. bei der Erstürmung des  
 Bahnhofs von St. Quentin, fiel unser viel-  
 geliebter braver **Louis Scholz**, Ritterguts-  
 besitzer, Lieutenant im 19. Posenischen Infanterie-  
 Regiment und Ritter des Eisernen Kreuzes.  
 Wir bitten um stille Theilnahme.  
 Ostrowo, den 3. Februar 1871.  
 Die Familie **Scholz.** Die Familie **Gemblich.**

In der Schlacht bei St. Quentin, am  
 19. Januar d. J., fanden den ruhmvollen Tod  
 für König und Vaterland:  
 Der Sekonde-Lieutenant vom 2. Posenischen  
 Landwehr-Regiment Nr. 19, Kommandirt  
 zur Dienstleistung beim diesseitigen Regiment,  
 Führer der 2. Compagnie, Ritter des eise-  
 ren Kreuzes II. Klasse

**Louis Scholz.**  
 Der Sekonde-Lieutenant

**Alfred Humann.**  
 Beide tapfere Offiziere, liebenswürdige  
 und treue Kameraden, haben sie sich ein dau-  
 erndes und ehrendes Andenken in den Herzen  
 aller Offiziere des Regiments gegründet.  
 G. D. Chaulnes, den 27. Januar 1871.  
 Im Namen  
 des Offiziers-Corps des 2. Posenischen Infan-  
 terie-Regiments Nr. 19  
**v. Steinsdorf,**  
 Major und Bataillons-Commandeur,  
 a. 3. Führer des Regiments.

Wir widmen allen Freunden und Bekannten  
 die traurige Anzeige, daß unser Vater, Schwie-  
 gervater und Onkel  
**Gottfried Bähr**  
 im 69. Lebensjahre vom 3. zum 4. Februar  
 in Folge von Koblendunst gestorben ist. Die  
 Beerdigung findet Dienstag Nachmittag um 4  
 Uhr, von der Berlinerstraße Nr. 28 aus statt.  
**Elisa Ripprecht, geborne Bähr.**  
**Heinrich Ripprecht.**  
 Familie Welsch.

Nach langen Leiden verschied gestern des  
 Morgens 3 Uhr, unsere theure unvergeßliche  
 Mutter u. Schwiegermutter, die verw. Polzei-  
 Sergeant **Henriette Dingmann** im 69. Le-  
 bensjahre, welche die Hinterbliebenen tiefbe-  
 trübt anzeigen. Die Beerdigung findet am 7.  
 von Fischer Nr. 10, 3 Uhr Nachm. statt.  
**Emilie und August Riedle.**

**Stadt-Theater in Posen.**  
 Montag, den 6. Februar: **Die Journa-  
 listen,** Lustspiel in 4 Akten von Gustav  
 Freitag.  
 Dienstag, den 7. Februar. Zum **Benefiz**  
 für **Hrl. Fanger:** Neu einstudirt. **Der**  
**Diplomat der alten Schule,** Original-  
 Lustspiel in 3 Akten von Hugo Müller. Dazu  
**Er schläft,** Lustspiel in 1 Akte von Julius  
 Rosen.  
 In Vorbereitung: **Rosenmüller und**  
**Finke** oder: **Abgemacht,** Lustspiel in 5  
 Akten von Dr. Köpfer. **Wilhelm Tell,**  
 Schauspiel in 5 Akten von Friedrich Schiller.

**Emil Tauscher's**  
**Volksgarten-Theater.**  
 Montag den 6. Februar:  
 Erstes Auftreten des Balletmeisters und Solo-  
 tänzers **Herrn Ollinger** und der Solo-  
 tänzerin **Hrl. Saenger** von Petersburg.  
 Pas de deux bouquets — Grand grotesque  
 pas de deux. — **Sie tottirt.** — Ein  
 gebildeter Hausknecht.  
 Die Direction.  
 Siebeine morgen Dienstag den 7. d. M.  
 bei **Volkmann, Bronststr. 17.**



